Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 94. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 25. Februar 1868.**

Verordnung,

betreffend die Einberufung des Bundesrathes des deutschen Zollvereins. Vom 22. Februar 1868.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen auf Grund der, nach dem Vertrage zwischen dem norddeutschen Bunde, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen vom 8. Juli 1867, Uns zustehenden Präsidial-Befugniß was folgt:

Der Bundesrath des deutschen Zollvereins wird berufen, am 2. März d. J. in Berlin zusammen zu treten, und beauftragen Wir den Vorsitzenden des Bundesrathes mit den zu diesem Zwecke nöthigen Vorbereitungen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 22. Februar 1868.

(L. S.) **Wilhelm.**

Gr. v. Bismarck.

In Ausführung der Bestimmung im Artikel 8 § 10 des Vertrages zwischen dem norddeutschen Bunde, Baiern, Württemberg, Baden und Hessen, die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins betreffend, vom 8. Juli d. J. übertrage Ich Ihnen hierdurch den Vorsitz im Bundesrathe des Zollvereins und die Leitung der Geschäfte desselben. Zugleich bestimme Ich, daß die durch diesen Vertrag dem Präsidium des Zollvereins überwiesenen Angelegenheiten bei dem, durch Meinen Erlaß vom 12. August d. J. (Bundesgesetz-Blatt Seite 29) errichteten Bundeskanzler-Amte bearbeitet werden.

Berlin, den 16. November 1867.

Wilhelm,

Gr. v. Bismarck.

An den Kanzler des norddeutschen Bundes.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

55. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 24. Februar.

Eröffnung 10½ Uhr. — Am Ministertisch Frhr. v. d. Heydt, Graf v. Itzenplitz, v. Selchow mit mehreren Commissarien.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Vereidigung von 15 Mitgliedern, welche den verfassungsmäßigen Eid noch nicht geleistet haben.

Es folgt der Bericht der Commissionen für Handel und Finanzen, betr. die Bewilligung einer bedingten Zinsgarantie für das Anlage-Capital einer Eisenbahn von Posen nach Thorn und Bromberg. Sie beantragen: „dem Gesetz-Entwurf und dem mit dem Verwaltungsrath der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft unterm 30. November 1867 abgeschlossenen Vertrage die Zustimmung zu ertheilen.

Die wichtigsten §§ des Gesetz-Entwurfes lauten:

§ 1. Der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft wird behufs Uebernahme des Baues und des Betriebes einer Eisenbahn von Posen nach Thorn mit einer Zweigbahn nach Bromberg die Garantie des Staates für einen jährlichen Reinertrag von vier Procent des in diesem Unternehmen anzulegenden Capitals bis zur Höhe von 13 Millionen Thalern nach Maßgabe des unter dem 30. November 1867 vereinbarten Vertrags-Entwurfes hiermit insoweit bewilligt, als der dem Staate statutmäßig zustehende dritte Theil des Reinertrages der Oberschlesischen Eisenbahn über fünf Procent des Actien-Capitals und die über drei und ein halb Procent Zinsen aufkommende Dividende des Staatsantheils an den Stammactien Lit. B. der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft, sowie der für die Breslau-Posen-Glogauer Eisenbahn gebildete Garantiefonds zur Leistung der erforderlichen Zuschüsse hinreichen und nicht durch die in den Gesetzen vom 20. Februar 1854 und vom 13. Mai 1857 für das Anlagecapital der Breslau-Posen-Glogauer Eisenbahn bewilligte Zinsgarantie, welche der in dem gegenwärtigen Gesetze bewilligten Garantie vorgeht, in Anspruch genommen werden.

§ 2. Die Zinsgarantie des Staates hört auf, sobald die Bahnstrecke der projectirten Thorn-Insterburger Eisenbahn von Thorn bis zum Anschlusse an die Ostpreußische Südbahn zehn Jahre hindurch im Betriebe gewesen sein wird.

Präsident v. Forckenbeck verliest ein Schreiben des Kaufmanns Michael Levy aus Inowraclaw, mit welchem früher mehrfache Verhandlungen wegen des betreffenden Eisenbahnbaues gepflogen worden waren und der den Bau mit englischem Gelde herstellen wollte. Herr Levy ersucht das Haus, die Verhandlung über das vorliegende Gesetz noch 48 Stunden zu vertagen, da er an seine englischen Hintermänner noch telegraphirt habe und möglicherweise in den Stand gesetzt werden könne, noch günstigere Anerbietungen zu machen. Die Antwort sei verzögert worden, da der Telegraph in England Sonntags nicht arbeite. — Der Präsident erklärt, daß, da er solche Anträge von außerhalb nicht berücksichtigen könne, er das Schreiben einfach zur Kenntnißnahme auf dem Bureau des Hauses niederlegen werde.

Der Handelsminister: Obwohl es nicht meine Gewohnheit ist, vor den Herren Referenten das Wort zu ergreifen, halte ich dies heute für meine Pflicht. Aus meinen Aeußerungen von vorgestern werden Sie entnommen haben, daß ich es mit der Zinsgarantie gar nicht leicht nehme und es für meine Pflicht halte, wenn mir äußerlich etwas bekannt wird, was auf die Sache einwirken könnte, dies thunlichst zu erörtern; ich habe die Zwischenzeit benutzt, um mich über die Sache näher zu informiren. Das Resultat dieser Informirung ist ein solches, daß ich das Haus bitten muß, heute in die Discussion über den zweiten Gegenstand der Tagesordnung einzutreten und die Zinsgarantie zu bewilligen. Es sind da Pläne und Anerbietungen, über welche noch Monate lang verhandelt werden muß und die vielleicht nicht einmal zu einem befriedigenden Resultat führen. Außerdem haben wir mit der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft einen Vertrag geschlossen mit Vorbehalt Ihrer Genehmigung und nur erhebliche Gründe können uns bewegen, von ihm zurückzutreten. Solche Gründe sind nicht vorhanden. Abgesehen davon ist es Ihnen bekannt, daß ich auf eine bedingte Zinsgarantie nur dann eingehe, wenn triftige Gründe dazu vorliegen. Dies ist hier der Fall. Erstens füllt diese Bahn eine Lücke im preußischen Eisenbahnnetze aus und erleichtert im Verein mit der schon im Bau befindlichen Posen-Frankfurter Bahn den Verkehr zwischen der Provinz Preußen und Brandenburg. Zweitens ist die Garantie eine solche, die nach Allem, was sich jetzt übersehen läßt, dem Staate gar kein oder nur sehr wenig Geld kosten wird. Zahlreiche Versuche zum Bau dieser Bahn haben zu keinem Resultate geführt. Jetzt liegt die Sache so: Wenn Sie die Garantie bewilligen, dann ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Oberschlesische Eisenbahn-Gesellschaft die Bahn sofort ausführen wird. Damit ist ein lange ersehntes Ziel erreicht und das Opfer der Staatskasse ist nur gering. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, in die Discussion einzutreten und die Garantie, die nur nach reiflicher Erwägung vorgeschlagen ist, zu bewilligen. Außerdem darf der Gebrauch nicht einreißen, daß neue Projecte mit unbestimmten Hoffnungen die ganze Lage solcher Verhältnisse störten. Zum Bau anderer Bahnen ist ja noch Gelegenheit genug da. Ich bitte Sie deshalb nochmals, das Gesetz zu genehmigen.

Referent Dr. Hammacher: Nachdem mit der Oberschlesischen ein Vertrag abgeschlossen sei, der dem Hause vorliege, mußten ganz besonders dringende Umstände vorliegen, um die Berathung noch zu vertagen und neue Unterhandlungen zu beginnen. Eine solche Veranlassung liege nicht vor. Die jetzt neu aufgetauchten Projecte wären sehr weit aussehend und böten keine Aussicht auf baldigen Erfolg. (Aus dem Commissionsberichte geht hervor, daß vorher sehr weitläufige Verhandlungen mit dem Kaufmann Michael Levy aus Inowraclaw, mit Dr. Strousberg in Berlin und durch deren Vermittelung mit mehreren englischen Capitalisten, u. A. George Whythes und J. A. Longridge gepflogen worden sind, die aber zu keinem Resultate geführt hatten.)

Abg. Twesten: Ich beantrage, m. H., die Vorlage abzulehnen. Die letzte Commissionssitzung ist ausdrücklich auf den Antrag des Regierungs-Commissarius vertagt worden, weil die Regierung noch nicht in der Lage sei, über den Bachmann'schen Antrag eine Erklärung abgeben zu können. Heute nun, ohne daß seitdem eine neue Commissionssitzung stattgefunden, ohne daß irgend eine Aeußerung der Regierung über jenes Project gemacht ist, beantragt der Herr Handelsminister kurzweg die Genehmigung der Vorlage. Unter diesen Umständen scheint es mir unmöglich, jetzt dem Vertrage mit der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft unsere Zustimmung zu geben. Der Herr Handelsminister hat uns neulich gesagt, wir sollen doch nicht den Sitz der Regierung in das Haus oder in die Commission verlegen, sondern sollten der Regierung die Prüfung der Offerten überlassen. Durch die Sache selbst wird das zwar nicht gefordert, ich acceptire jedoch diese Stellung vollkommen, ich will der Regierung die vollständige Initiative überlassen und dem Hause nur sein Veto vorbehalten. Aber in dieser Angelegenheit scheint mir ein Veto nicht blos gerechtfertigt, sondern ganz nothwendig. Trotz der Erklärung des Herrn Handelsministers im vorigen Jahre, daß er ein Gegner der Zinsgarantien sei, haben wir in dieser Session eine ganze Reihe derartiger Vorlagen, neuer oder erweiterter Zinsgarantien gehabt. Es ist hohe Zeit, einmal einen Strich durch derartige Zumuthungen zu ziehen. Wir können in diesem Falle um so weniger auf ein lucratives Geschäft rechnen, als das Baucapital auf die außerordentliche Höhe von 520,000 Thlr. pro Meile normirt ist, während die Meile von Thorn-Insterburg mit 330,000 Thaler, von Schneidemühl-Dirschau auf 320,000 Thlr. veranschlagt ist.

Einen Grund für dies hohe Bau-Capital kann ich nur finden, in dem Verlust, der bei der Ausgabe der Actien mit 90 Procent gemacht werden soll. Ist daher dieser Vertrag schon an und für sich verwerflich, so tritt dies noch mehr hervor gegenüber den anderweiten Offerten, die vorliegen. Das Anerbieten der englischen Gesellschaft, die Bahn mit 12 Millionen Capital bei einer Zinsgarantie von nur 6 Millionen zu bauen, ist durchaus annehmbar, und um so wünschenswerther, als die Heranziehung englischen Capitals bei der Ausgabe von so enormen Summen, wie sie uns für Eisenbahnbauten in den nächsten Jahren in Aussicht stehen, die größte Bedeutung hat. Man hat gesagt, daß wiederholt von englischen Unternehmern schlechte und unsolide Arbeiten gemacht seien. Aber gerade von dem hier in Frage stehenden Hause wird von dem preußischen General-Consul das Gegentheil bezeugt, mehrere Eisenbahnen, die von eben diesem Hause in Oesterreich gebaut sind, werden als musterhafte anerkannt. Der Herr Minister hat neulich gesagt, er versuche es mit allen Systemen, warum denn gerade nicht mit englischen Unternehmern? Ich glaube, es wäre sehr gerathen, auch diesen Versuch einmal zu machen.

Der Finanzminister: Bei der Projectirung von Thorn-Insterburg wurde großer Werth darauf gelegt, ehe man sich hierüber schlüssig machte den Bau eines Mittelgliedes von Posen nach Bromberg, resp. Thorn zur Ausführung zu bringen. Erst dann konnte man der Rentabilität auch der preußischen Bahn sicher sein. Dies gab Veranlassung, die Verhandlungen mit der oberschlesischen Gesellschaft zu beschleunigen, und ist vorzugsweise bei ihr stehen geblieben, um diese Mittelbahn nicht in fremde Hände kommen zu lassen. Die Garantie hat für die Staatskasse kein großes Bedenken, da ja die oberschlesische Gesellschaft mit dem ersten halben Procent eintreten muß, und auf einen guten Bau und auf eine gute Verwaltung gerechnet werden kann. Auf die englischen Offerten lege ich keinen großen Werth und scheinen mir dieselben nicht empfehlenswerth zu sein. Die Unternehmer können kein anderes Interesse haben, als an dem Bau möglichst viel zu verdienen, zweckmäßige Einrichtungen im Interesse des Landeswohles liegen ihnen fern. Je mehr sie verdienen, desto weniger wird auf die Bahn verwandt. Wir haben in dieser Beziehung einige Erfahrungen gemacht, ich kann aber nicht Alles sagen, was ich weiß. (Heiterkeit.) Meines Erachtens hat die Landesvertretung gerade am allerwenigsten ein Interesse daran, derartigen Anträgen förderlich zu sein. Ich würde also, wiewohl ich als Finanzminister gewiß nicht geneigt bin, Zinsgarantien irgendwie vorzuziehen, dennoch in diesem Falle, im wohlerwogenen Interesse des Landes und der Provinz um Genehmigung der Vorlage bitten. Thäten Sie das nicht, genehmigten Sie die Garantie nicht, so werden Sie damit der Staatsregierung doch nicht zumuthen, gegen ihre Ueberzeugung eine Concession zu ertheilen, die sie im Interesse des Landes nicht gerathen findet; Sie würden also nichts erreichen, als eine Verzögerung der Ausführung des Baues dieser Bahn, was gewiß nicht zum Besten des Landes ist. Jene Herren aus England waren gewiß nicht erst im letzten Moment gekommen, wenn sie wirklich sichere Offerten machen wollten.

Abg. Lesse: Ich bin überzeugt, daß wenn die Commission Gelegenheit gehabt hätte, die Offerte der englischen Gesellschaft näher zu prüfen, sie zu demselben Resultate gekommen wäre, wie der Herr Finanzminister. Die englische Gesellschaft scheint allerdings die Möglichkeit günstigerer Bedingungen zu bieten, aber auch nur die Möglichkeit, und man darf deshalb eine wohl erwogene Vorlage nicht zurückweisen. Ich habe kein Bedenken, bei dieser Bahn die Zinsgarantie auszusprechen, weil sie kaum in Anspruch genommen werden wird. Die Engländer würden schwerlich den Bau ohne Garantie offeriren, wenn sie nicht von der Rentabilität der Bahn überzeugt wären. — Redner spricht sich für den Bau über Pakosz statt über Insterburg aus.

Abg. Dr. Becker: Ich tadele bei dieser Vorlage, daß die Staatsregierung das Eisenbahnunternehmen, das uns in dieser Session beschäftigt hat, nämlich die Herstellung einer Linie von Posen nach Insterburg nicht als ein Ganzes behandelt, sondern in zwei Stücke zerschnitten, und daß der Staat von diesen Stücken das unrentablere übernommen hat. Warum gerade die Oberschlesische hier ihre Hand hineinstecken soll, sehe ich gar nicht ein, ihr Interesse fällt durchaus nicht immer mit dem des Staates zusammen. So kommt es, daß man von Posen nach Bromberg mit einer Zweigbahn nach Thorn baut, während man von Posen nach Thorn mit einer Zweigbahn nach Bromberg zu bauen hat. Ich bin daher für Ablehnung der Vorlage und möchte anheimgeben, ob es nicht richtiger ist, die ganze Linie auf Rechnung des Staates zu bauen.

Abg. v. Unruh: Die besseren Eisenbahnlinien sind in dieser Gegend schon gebaut worden; die noch zu bauenden stehen hinsichtlich ihrer Rentabilität nur in zweiter und dritter Klasse. An solche Unternehmungen geht das Capital nur schwer heran, man muß es mit Garantie unterstützen. Zu solchen Garantieen kann ich mich aber nur verstehen, wenn ich die nöthige äußere Sicherheit dafür habe. Ich verlange daher vor allem, daß der Generalunternehmer erreichbar ist. Diese Sicherheit wird sich nicht erreichen lassen bei Unternehmern, die im Auslande wohnen, namentlich bei Engländern nicht. Wir haben schon mehrere derartige Fälle gehabt. Die Agenten der Engländer haben mit den meisten Mitgliedern der Commission privatim gesprochen. Ich habe ihnen gesagt, sie möchten einmal dafür sorgen, daß die englischen Häuser hier sofort direct sich vertreten lassen, daß Mitglieder dieser Häuser hier sich einstellten mit genügender Vollmacht, und daß ein bedeutendes Geldinstitut des Inlandes oder große notorisch sichere ausländische Bankhäuser die Ausführung sicher stellten. Sie haben trotzdem es bei der Allgemeinheit ihrer ursprünglichen Offerte belassen, so daß dieselbe nur als eine Einleitung für künftige Verhandlungen dienen kann. Daraus scheint mir hervorzugehen, daß sie sich auf alle Fälle den Rücken frei halten und sich nicht so fest binden wollen, daß das Haus sich darauf einlassen könnte. Ich bitte daher dies Angebot ganz fallen zu lassen, und die Zinsgarantie für die Oberschlesische Gesellschaft auszusprechen. Das Motiv allerdings, das der Herr Finanzminister dafür angeführt, ist durchaus hinfällig, nämlich, daß mit einer Ablehnung des Entwurfes nichts weiter erreicht werde, als eine Verzögerung der Angelegenheit. Was heißt das? Die Staatsregierung bleibt einfach dabei stehen und macht im nächsten Jahre dieselbe Vorlage? Ich meine, wenn dieselbe heute abgelehnt wird, so ist damit der Vertrag mit der Oberschlesischen Gesellschaft beseitigt und die Regierung hat freie Hand für neue Offerten und Verhandlungen. Ich glaube, das Argument des Herrn Finanzministers ist nicht zu Gunsten der heutigen Vorlage. Die Ausführung der Bahn darf aber meiner Ansicht nach nicht länger verzögert werden und ich bitte deshalb, trotz des vom Herrn Finanzminister beigebrachten Argumentes der Vorlage zuzustimmen.

Der Handelsminister: M. H., ich baue neue Eisenbahnen je eher, desto lieber, und benutze dazu alle erlaubten und anständigen Mittel. Daß ich nicht die ganze Bahn auf Staatskosten übernommen habe, das hat finanzielle Gründe, und wenn sich nun ein durchaus sicherer Privatunternehmer fand, so war der um so weniger zurückzuweisen, als der Landestheil, um den es sich handelt, seit langen Jahren die Bahn braucht. Wenn Sie heute die Garantie genehmigen, so ist die Bahn in wenigen Wochen im Bau. Verwerfen Sie sie, so geschieht vorläufig gar nichts, die Verhandlungen beginnen wieder und es dauert vielleicht lange, ehe man zu einem Resultat kommt. Prüfen werde ich natürlich Alles, aber damit ist es noch nicht gethan. Da schreibt mir heute ein Herr Bachmann, er wäre ermächtigt, zu erklären, daß man die Bahn mit 12 Millionen ohne Garantie bauen wolle. Ja wer ist denn dieser Herr Bachmann? (Heiterkeit.) Und wer hat ihn ermächtigt, das zu erklären? (Vermehrte Heiterkeit.) Mit Engländern, m. H., habe ich bisher sehr wenig Glück gehabt, und wenn man die Wichtigkeit der Heranziehung fremden Capitals hier so betont, so ist das zwar recht schön und wünschenswerth, aber wer die Geschichte der Berlin-Görlitzer und Tilsit-Insterburger Eisenbahn kennt, der wird wissen, daß das wenigste Geld dazu aus England gekommen ist. (Sehr richtig!) Auf eine derartige Ungewißheit hin, wie sie an dem englischen Vorschlage haftet, will ich nicht die Verantwortlichkeit übernehmen, einem wichtigen Theile der Provinz Posen die Bahn länger vorzuenthalten. Nachdem ich die Commission gebeten, ihre letzte Sitzung auszusetzen, habe ich Schritte gethan, um eine nähere Erklärung von den Betreffenden zu erhalten; die ist mir aber bis jetzt nicht zu Theil geworden, und so gestellt zwischen guten Bedingungen und unbestimmten Hoffnungen, mußte ich mich aussprechen, wie ich mich ausgesprochen habe. (Bravo!)

Der Schluß der General-Discussion wird angenommen; dagegen stimmt die Fortschrittspartei.

Referent Abg. Dr. Hammacher befürwortet nochmals die Annahme des Commissionsantrages, ist aber bei der im Hause herrschenden Unruhe unverständlich.

Es folgt die Special-Discussion über § 1.

Abg. Dr. Löwe (gegen das Gesetz): Ich bedauere außerordentlich, daß bereits eine derartige Ermüdung im Hause eingerissen ist, daß man selbst, wo es sich um so wichtige Fragen und große Geldverpflichtungen des Staates handelt, vor vorzeitigen Schlußanträgen nicht gesichert ist, und es thut mir leid, daß ich in einer so wichtigen Sache in diesem Augenblicke bei diesem Zustande des Hauses noch sprechen muß. Das muß ich aber sagen, daß, wenn ich es jemals bedauert habe, daß der Herr Handelsminister sich noch zu keinem bestimmten Systeme in Betreff des Eisenbahnbaues bekannt hat, ich es in diesem Falle in erhöhtem Maße thun muß. Es ist allerdings sehr bequem, sich, wie der Herr Handelsminister es gethan, für einen Elektiker par excellence zu erklären. Ich muß hierbei daran erinnern, daß der Herr Handelsminister früher von derselben Stelle gesagt hat: „Ich hoffe, daß dies die letzte Zinsgarantie sein wird, um deren Bewilligung ich das Haus bitte, und trotzdem hat er nach dem noch oft den „bittern Kelch“ geleert. (Heiterkeit.) Ich meinerseits bin ein entschiedener Gegner der Staatsbahnen; wenn ich aber die Wahl habe zwischen einer Staatsbahn und dieser Art von Zinsgarantie, wie wir sie hier genehmigen sollen, so bin ich keinen Augenblick zweifelhaft, daß ich auch für die Staatsbahn zu entscheiden habe. Denn alle die Nachtheile, die man an den Staatsbahnen hervorhebt, haben solche Bahnen mit Zinsgarantien, die doch gleichfalls unter sorgfältiger Controlle des Staates stehen, gleichfalls.

Und wenn man sagt: „Die Zinsgarantie belastet den Staat voraussichtlich weniger, sie hat gar keine Bedeutung“, so frage ich: Weshalb verlangt denn die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft jetzt eine solche, während sie früher sich schon bereit erklärt hatte, sie ohne Garantie zu bauen? (Hört! hört!) Sind denn etwa die Verhältnisse in letzter Zeit ungünstiger geworden? Im Gegentheil, durch den Beschluß, die Bahn Thorn-Insterburg aus Staatsmitteln zu bauen, ist die Strecke jetzt besser und rentabler geworden; ein anderer Grund kann also für die Gesellschaft nicht maßgebend gewesen sein, hiervon abzugehen, als eben das Vertrauen auf das eklektische System des Herrn Handelsministers. Im Vertrauen hierauf denken jene Leute: „Wir werden doch noch eine Zinsgarantie erreichen.“ Man sucht den Handelsminister durch neue Verhandlungen, durch Vorschieben neuer Personen mürbe zu machen. Und schließlich wird er müde, wie jeder Mensch, und die Zinsgarantie wird bewilligt. (Heiterkeit.) Wenn der Herr Minister aber nicht blos ein Princip aufstellte, sondern auch noch einen Schritt weiter ginge und nach diesem Principe handelte, so würden sich diese Leute nicht so lange besinnen; sie würden fürchten, daß der Staat sonst die Bahn selbst bauen und ihnen ein gutes Geschäft verloren gehen würde. Aber da der Herr Minister eben ein Eklektiker par excellence ist, so hoffen sie immer noch auf die Zinsgarantie und — sie wird ihnen heute gewährt. Durch ein solches Verfahren schreckt er alle soliden Unternehmer zurück, es drängen sich unsolide Gesellschaften an ihn heran, die etwas von ihm erreichen wollen. Und wenn er sagt: „Geben Sie doch endlich den betheiligten Kreisen die langersehnte Eisenbahn“, so muß ich darauf bemerken, daß der Kreis Thorn sich doch nicht so sehr darnach zu sehnen scheint, da er sich so lange geweigert hat, den Grund und Boden unentgeltlich herzugeben.

Das war aber wiederum die natürliche Folge von dem eklektischen System des Herrn Minsters. Der Kreis Thorn dachte: „Schließlich werden doch Alle müde werden; man wird uns den Grund und Boden bezahlen und die Eisenbahnen doch noch bauen“. (Heiterkeit.) Daß es aber noch gute Eisenbahnunternehmer giebt, unterliegt keinem Zweifel, und die Bedenken, welche heute von verschiedenen Seiten gegen solche „General-Entrepreneurs“ geltend gemacht worden sind, kann ich nicht theilen. Möge die Staatsregierung ihre Augen dabei aufmachen. Und der Herr Handelsminister hat ja schon, wie wir heute gehört, bei einer solchen Gelegenheit die Augen aufgemacht (Heiterkeit); er hat die Caution einbehalten und mehr kann man doch von den Leuten nicht verlangen, als daß sie ihre Haare lassen. Die neuerdings gemachten Projecte sind jedenfalls der Prüfung werth, und ich bin überzeugt, daß sich auch andere Unternehmer ohne Zinsgarantie finden werden. Der Herr Handelsminister sagt nun: „Darauf kann man die Leute nicht mehr warten lassen“. — M. H.! Die Bahn kommt als europäische Bahn doch erst zur Perception, wenn Thorn-Insterburg und Sorau-Guben-Halle gebaut ist. Die Bahn Thorn-Insterburg wird aber vor 4 Jahren nicht fertig. Geben Sie dem Eklekticismus des Herrn Handelsministers, der sich noch nicht recht klar ist, Zeit, sich für das beste System zu entscheiden, und ohne Zweifel wird er dann über ein Jahr mit einer bestimmten Vorlage vor uns treten.

Abg. Bassenge (für die Vorlage): Die Hoffnung auf englische Gesellschaften werde sich wohl auch als trügerisch erweisen; der Vertrag mit der Oberschlesischen sei vortheilhaft, der Bau der Bahn dringend nöthig. — Das Haus ist so unruhig, daß der Präsident den Redner zu unterbrechen und an das Haus die dringende Aufforderung zu richten sich genöthigt sieht, die Privatunterhaltungen einzustellen.

Ref. Abg. Dr. Hammacher empfiehlt nochmals die Annahme des § 1, der mit allen gegen etwa 15 Stimmen aus den Reihen der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen angenommen wird; dagegen stimmen u. A. Lasker, Twesten, Braun (Wiesbaden), Dr. Becker, Dr. Löwe, Dr. Eberty, Runge, Ziegler. — Die übrigen Paragraphen und das ganze Gesetz werden mit derselben Majorität angenommen, und die bezüglichen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der vereinigten Commissionen für Handel und Gewerbe und für das Gemeindewesen über den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser, sowie über eine Petition des Dr. Stolp über denselben Gegenstand.

Der Referent Abg. Lauenstein befürwortet den Antrag der Commissionen, dem Gesetzentwurfe in derjenigen Fassung, welche derselbe durch das Herrenhaus erhalten hat, die Zustimmung zu ertheilen. Es habe sich das dringende Bedürfniß herausgestellt, die Schlachtstellen möglichst zu concentriren, um die mit den vielen vereinzelten Schlächtereien verbundenen Uebelstände, wie Unreinlichkeit, Luftverderbniß durch thierische Abfälle, Mangel an einer gründlichen Fleischuntersuchung im sanitätspolizeilichen Interesse u. A. zu beseitigen. Dazu sei es nothwendig, die Benutzung der bestehenden und zu errichtenden Schlachthäuser obligatorisch zu machen; diese Beschränkung der gewerblichen und persönlichen Freiheit werde durch das allgemeine Interesse gerechtfertigt. Einige unwesentlichere Ausstellungen habe die Commission fallen lassen zu müssen geglaubt, weil nicht mehr res inte-

gar vorliege und durch Abänderungen das Zustandekommen des Gesetzes in dieser Session leicht gefährdet werden könne.

Abg v. Hennig fragt, ob der Appell, der nach dem Gesetze an die Bezirksregierungen offen steht, für Berlin an das Polizei-Präsidium oder an die Regierung zu Potsdam zu richten sei.

Der Commissar des Ministeriums des Innern: So weit polizeiliche Interessen in Betracht kommen, wird das hiesige Polizei-Präsidium, bei communalen Interessen die Regierung in Potsdam die entscheidende Behörde sein.

Das Gesetz wird hierauf ohne Debatte angenommen und die Petition des Dr. Stolp für erledigt erklärt.

Es folgt der Bericht der Commission für Finanzen und Zölle über nachstehenden Gesetzentwurf, betreffend die Erhebung jährlicher Aversional-Beiträge in den vom Zollvereine ausgeschlossenen Gebietstheilen:

§ 1. In denjenigen preußischen Gebietstheilen, welche nicht dem Zollvereine angehören, sind als Ersatz der zu den Ausgaben des norddeutschen Bundes zu zahlenden Aversen für Zölle und Verbrauchssteuern vom 1. Januar 1868 ab außer den bestehenden Staatssteuern besondere jährliche Beiträge für Rechnung der Staatskasse zu erheben. Die Höhe dieser Beiträge und die Art der Erhebung derselben wird für die einzelnen Gebietstheile unter Beachtung der nachfolgenden allgemeinen Bestimmungen und der örtlichen Verhältnisse durch königliche Verordnung festgesetzt.

§ 2. Der einzuziehende jährliche Beitrag darf in keinem Falle die Höhe des für den betreffenden Gebietstheil zu den Ausgaben des norddeutschen Bundes zu leistenden Aversums für Zölle und Verbrauchssteuern übersteigen. Der Betrag, um welchen der jährliche Beitrag niedriger festgesetzt ist, als das aus der Staatskasse für den betreffenden Gebietstheil zu zahlende Aversum ist künftig, und zwar zuerst für das Jahr 1869, in dem Staatshaushalts-Etat als Ausgabe nachzuweisen.

§ 3. Den Communen in den im § 1 bezeichneten Gebietstheilen steht frei, mittelst Communalbeschlusses die Verpflichtung zur Abführung des auf die Commune fallenden Beitrages im Ganzen an die Staatskasse zu übernehmen und in diesem Falle die Verheilung auf die Steuerpflichtigen nach den hinsichtlich der Communal-Besteuerung bestehenden Vorschriften zu regeln.

§ 4. Soweit nicht der im § 3 vorgesehene Fall eintritt, werden die jährlichen Beiträge als Zuschläge zu directen Staatssteuern erhoben.

Es liegen hierzu zwei Amendements vor: 1) Vom Abg. Warburg: in Alinea 1 des § 1 nach dem Worte „Gebietstheilen" die Worte „mit Ausnahme der Stadt Altona" einzuschieben. 2) Von den Abgg. Twesten und Gen.: a) im § 1 Alinea 2 nach den Worten „Erhebung derselben wird' einzuschalten: für das Jahr 1868; b) im § 2 Alinea 2 statt der Worte „in dem Staatshaushaltsetat als Ausgabe nachzuweisen" zu setzen: durch den Staatshaushaltsetat festzustellen.

Berichterstatter Abg. Krieger: Der gesammte Betrag der nach Art. 38 der norddeutschen Bundesverfassung von Preußen an die Bundeskasse für 1868 zu zahlenden Aversen kann vorläufig auf etwa 130,000 Thlr. geschätzt werden. Eine bestimmte Angabe ist für jetzt nicht möglich, da die vorläufige Feststellung für Altona noch nicht stattgefunden hat und auch die im Etat nachgewiesenen Aversen nur als vorläufige Voranschläge zu betrachten sind. Das Verzeichniß der vom Zollverein ausgeschlossenen Gebietstheile, die zu den altländischen Provinzen und zu dem vormaligen Königreich Hannover gehören, läßt schon erkennen, wie mannigfaltig sich die zu berücksichtigenden Verhältnisse gestalten, da es sich theils um einzelne Vorwerke und unbedeutende Ortschaften, theils um gering bevölkerte Inseln, theils um städtische Gebiete wie Altona und Geestemünde handelt.

Eine vollständige gleichmäßige Regelung des von allen diesen Gebietstheilen zu leistenden Beitrages erscheint unter den obwaltenden Umständen unausführbar; es ist deshalb vorgezogen, nur die allgemeinen Grundsätze hinsichtlich der aufzulegenden Leistungen in dem Gesetzentwurfe zu formuliren, und die Regelung im Uebrigen durch königliche Verordnung eintreten zu lassen. Für die Erhebung der jährlichen Beiträge bietet sich zunächst der Weg der directen Besteuerung in Form von Zuschlägen zu den directen Staatssteuern dar. Es kann jedoch auch keinen Anstand finden, wenn einzelne Communen es vorziehen sollten, den auf sie im Ganzen fallenden Beitrag in angemessenen Terminen an die Staatskasse abzuführen, dies nachzugeben. In diesem Falle bleibt der Commune die Repartition auf die Steuerpflichtigen und die Wahl der Besteuerungsformen überlassen. Die Möglichkeit einer solchen Regelung offen zu halten sind die §§ 3 und 4 bestimmt. In der Commission wurde noch hervorgehoben, daß es, namentlich mit Rücksicht auf Altona, wünschenswerth erscheine die Frage offen zu lassen, ob jedem der in Rede stehenden Gebiete ein Beitrag zu den bundesmäßigen Aversen angesonnen werden könne. Ein in diesem Sinne gestelltes Amendement wurde jedoch im Hinblick auf Art. 38 der Bundesverfassung abgelehnt. Ebenso wenig fand der Antrag Berücksichtigung, der Regierung die größtmögliche Schonung der Stadt Altona anzuempfehlen, nachdem sie erklärt hatte, daß die Verhandlungen mit dem Bundesrathe in dieser Beziehung noch bevorstanden und daß sie selbst den lebhaften Wunsch hege, die Stadt Altona in ihrer eigenthümlichen Lage möglichst zu erleichtern. Die Commission erklärte sich hiernach mit dem Entwurfe überall einverstanden und empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme desselben.

Abg. Dr. Francke bittet das Haus eine Erklärung dahin abzugeben, daß es eine größtmögliche Schonung der Stadt Altona für geboten erachte.

Regierungs-Commissar Burghardt: Die Regierung wird sich der pflichtmäßigen Erwägung und Berücksichtigung der Verhältnisse, die in Betreff Altonas obwalten, nicht entziehen können und wollen; gleichzeitig lege ich aber Verwahrung ein gegen eine allzu weit gehende Deutung dieser Worte; denn wie weit die Berücksichtigung gehen wird, läßt sich jetzt noch nicht übersehen, sonst wäre die Regierung nicht in der Lage gewesen, diese Vorlage zu machen. Diese bezweckt eine Ermächtigung der Regierung für ein Jahr. — Das Amendement Warburg ist der Regierung unannehmbar, dagegen hat sie gegen das des Abg. Twesten Nichts einzuwenden, da dieses nur einem Mißverständnisse vorbeugt.

Abg. Grumbrecht: Sollte das Amendement Warburg angenommen werden, so würde ich das Unter-Amendemrnt stellen, in gleicher Weise die Elbinseln zu berücksichtigen, die eine Schonung mit größerem Rechte verdienen als die reiche Stadt Altona.

Abg. Warburg: Altona sei gegen den Willen seiner Vertretung vom Zollverein ausgeschlossen worden, weil die Bewachung zu kostspielig erschienen sei. Es würde ungerecht sein, wollte man deshalb jetzt bei Vertheilung der Aversionalsummen hierauf nicht Rücksicht nehmen und die Interessen Altonas auf das Empfindlichste schädigen.

Abg. Twesten: Die Motive der Vorlage und der Commissionsbericht ließen es zweifelhaft, ob die Feststellung der Beiträge für die folgenden Jahre durch Verordnung oder im Etat erfolgen sollte: diese Unklarheit zu beseitigen ist der Zweck meines Amendements. Das des Abg. Warburg bitte ich abzulehnen; die Zusicherung, daß Altona möglichst berücksichtigt werden soll, ist uns gegeben, die Stadt aber ganz von Beiträgen zu entbinden, halte ich nicht für gerechtfertigt.

In der Spezialdebatte über § 1 spricht Abg. Forchhammer noch einmal für den Antrag Warburg, dessen Annahme nicht nur Altona, sondern dem ganzen Staat zum Vortheil gereichen würde.

Der Antrag wird jedoch abgelehnt und § 1 mit dem Amendement Twesten angenommen. Ein gleiches geschieht bei § 2. Das ganze Gesetz wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Schlußberathung über den Antrag der Abgeordneten Frech und Boehmer auf Annahme des nachstehenden Gesetz-Entwurfs: „dem § 11 des Gesetzes über die Eisenbahn-Unternehmungen vom 3. November 1838, wird am Schlusse die Bestimmung zugefügt: Im Bezirk des Justizsenats zu Ehrenbreitstein steht dem Eigenthümer, wenn er mit der Festsetzung der Entschädigung durch die Verwaltungsbehörde nicht zufrieden ist, der Rechtsweg zu. Die entgegenstehende Vorschrift der nassauischen Verordnung vom 25. 26. August 1812 wird aufgehoben."

Abg. Guerard beantragt dagegen nachstehende Fassung:

§ 1. Die zwangsweisen Eigenthums-Entziehungen aus Gründen des öffentlichen Wohls erfolgen fortan im Bezirke des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein in der Art, daß, wenn über den Betrag der Entschädigung kein Einverständniß stattfindet, derselbe nach dem Ermessen vereideter Sachverständiger zu bestimmen ist. Die Regierung ernennt die Taxatoren und leitet das Abschätzungsverfahren unter Zuziehung beider Theile. Der Eigenthümer ist verpflichtet gegen Empfang oder gerichtliche Deposition des von der Regierung festgesetzten Taxwerths das Grundstück dem Expropriations-Berechtigten zu übergeben und wird nöthigenfalls von der Regierung hierzu angehalten. Gegen die Festsetzung der Entschädigung kann innerhalb dreier Monate vom Tage der Insinuation des Resoluts an gerechnet von beiden Theilen auf richterliche Entscheidung über den Werth angetragen werden. Ein andrer Recurs gegen die Höhe der Entschädigung findet nicht statt.

§ 2. Das nassauische Edict vom 25. und 26. August 1812, betreffend die Entschädigung wegen weggenommenen Privat-Eigenthums, wird für den Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein aufgehoben.

Referent Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Der Gesetzentwurf bebasichtigt bei Expropriationen im Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein den Rechtsweg zu eröffnen. Denselben Zweck hat der Antrag des Abg. Guerard, der noch weiter geht. Ich ziehe deshalb meinen Antrag, der auf Annahme des ersteren Entwurfes geht, zu Gunsten des letzteren zurück.

Der Handelsminister hat Nichts dagegen, daß der Rechtsweg beschritten werden dürfe, uur wünsche er dieses Recht beiden Theilen gewahrt und gebe deshalb ebenfalls dem Antrage des Abg. Guerard den Vorzug.

Abg. Reichensperger: Ich behalte mir ein entgegengesetztes Votum vor, da ich das Princip, bei Expropriationen beiden Theilen den Rechtsweg zu gestatten, für ein falsches halte.

Die Abgg. Frech nnd Boehmer ziehen ihren Antrag zu Gunsten des Guerard'schen zurück, der mit großer Majorität angenommen wird.

Es folgt der mündliche Bericht der Budgetcommission über den 18. Bericht der Staatsschuldencommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Jahre 1866.

Die Commission beantragt, der Verwaltung des Staatsschuldenwesens Decharge zu ertheilen.

Nachdem Referent Abg. Aßmann diesen Antrag empfohlen, wird derselbe angenommen.

Der 7. Gegenstand der Tages-Ordnung ist der mündliche Bericht der Budget-Commission über die vorgelegte allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1864.

Die Commission beantragt: „Die Entlastung der Staatsregierung in Bezug auf die allgemeine Rechnung des Staatshaushalts für 1864, sowie in Bezug auf die Verwaltung des Staatsschatzes für dasselbe Jahr auszusprechen.

Referent Abg. Dr. Virchow empfiehlt diesen Antrag, indem er dabei constatirt, daß das im Voranschlag für 1864 auf $2\frac{1}{2}$ Millionen veranschlagte Deficit sich nicht nur nicht bestätigt, sondern daß sich noch ein Ueberschuß von über 6 Mill ergeben habe. — Der Antrag der Commission wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Schlußberathung über den Antrag Born: „die Regierung aufzufordern, dem Landtage eine Gesetzesvorlage vorzulegen, bezweckend die für den Regierungsbezirk Wiesbaden erlassene Verordnung vom 2. September 1867 (einige Abänderungen in der herzoglich nassauischen Verordnung vom 12. September 1829, das Verfahren bei Güter-Consolidationen betreffend) außer Gesetzeskraft zu setzen.

Referent Gleim beantragt ihn abzulehnen, dagegen die Regierung aufzufordern, dem Landtage eine Gesetzesvorlage vorzulegen, bezweckend den § 2 der Verordnung vom 2. September 1867, betreffend die Güter-Consolidation im Regierungsbezirk Wiesbaden mit Ausnahme des Hinterlandkreises ganz, und den § 4, Satz 2 derselben Verordnung, soweit er die Bestimmung des Consolidations-Geometers betrifft, aufzuheben, und die durch diese Bestimmungen abgeänderten früheren Namen des naussauischen Rechts wieder herzustellen, resp. einzuführen.

Referent Abg. Gleim befürwortet diesen Antrag, zu dessen Gunsten Abg. Born den seinigen zurückzieht.

Minister v. Selchow erklärt den Antrag für jetzt wenigstens nicht annehmbar. Die Verordnung über das Verfahren der Güter-Consolidationen sei zweckmäßig und als solche vielfach anerkannt. Der Grundbesitz wäre in Nassau zum Theil in so kleine Parzellen getrennt, daß an eine vernünftige Bewirthschaftung kaum zu denken sei. Bis heute sei keine einzige Klage über die betreffende Verordnung aus dem Lande Nassau laut geworden. Sollten sich Mißstände herausstellen, werde die Regierung sicher die Initiative ergreifen, um eine schädliche Einrichtung zu beseitigen. Für heute bäte er, über den Antrag zur Tages-Ordnung überzugehen.

Abg. Born hält diesen Ausführungen gegenüber den Antrag aufrecht, und führte mehrere Beispiele an, wo sich das neue Verfahren als schädlich und unzweckmäßig erwiesen habe. In Nassau selbst hätten sich früher nie Stimmen gegen das alte Verfahren erhoben, das jetzt ohne Grund geändert sei.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) befürwortet gleichfalls den Antrag des Referenten. Die betreffende Verordnung beseitige nicht die Schwerfälligkeit des Consolidationsverfahrens durch die Octroyirung des Consolidations-Geometers. Die Bauern, die an und für sich schon schwer dazu zu bewegen wären, würden noch schwerfälliger und mißtrauischer, wenn ihnen von der Regierung ein solcher Beamter octroyirt würde, während sie ihn sich früher selbst wählen konnten. — Es sei in der That gar kein Grund vorhanden gewesen, die Zeit der Dictatur zu benutzen, um das Consolidationsverfahren zu ändern, womit alle Welt zufrieden gewesen sei. Da wären viele andere Dinge dagewesen, wo man dringend Abhilfe verlangt habe; von allen diesen Dingen habe man nichts geändert: nur das Consolidationsverfahren mußte dem Reformdrange des Ministeriums zum Opfer fallen. — Die neue Verordnung wirke in jeder Hinsicht nachtheilig.

Der Regierungs-Commissar behauptet die Zweckmäßigkeit der neuen Verordnung, und verliest ein Gutachten, welches dies behauptet. Der Antrag auf Schluß wird abgelehnt; aus dem Hause erhebt sich der sehr heftige Ruf nach Vertagung; der Präsident giebt demselben jedoch keine Folge, da, wie er meint, die Debatte wohl nicht lange mehr dauern werde. (Es ist fast $4\frac{1}{2}$ Uhr geworden.) Unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses spricht Abg. Born für den Antrag des Referenten.

Abg. Dr. Braun bemängelt an dem vom Regierungs-Commissar verlesenen Gutachten, daß die Autorität nicht genannt worden sei, von welcher dies Gutachten herrühre, Er hält alle seine vorhin geltend gemachten Bedenken aufrecht.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

Schluß $4\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung morgen (Dinstag) 10 Uhr. Tages-Ordnung: 1) Salzverträge mit Lüneburg und Halle; 2) Hypotheken-Ordnung für Neuvorpommern; 3) Stempelgesetz für Kassel und Wiesbaden; 4) Gesetz, betr. die Aufhebung der Spielbanken; 5) eine Interpellation in Eisenbahn-Angelegenheiten

---

Berlin, 24. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten Personen Orden und Ehrenzeichen verliehen, und zwar: **den rothen Adlerorden dritter Klässe mit der Schleife**: dem Geheimen Regierungs- und Baurath Henke zu Marienwerder: **den rothen Adlerorden dritter Klasse**: dem Drosten von Bothmer zu Gronau in der Landdrostei Hildesheim und dem Oberamtmann Dr. Deichmann zu Uslar; **den rothen Adlerorden vierter Klasse**: dem Major a. D. Marcard, bisher im 8. Westfäl. Inf.-Reg. Nr. 57; **den Adler der vierten Klasse des königlichen Hausordens von Hohenzollern**: dem Schullehrer Chmielecki zu Swaroschin im Kreise Pr.-Stargardt; **das allgemeine Ehrenzeichen**: dem Schullehrer, Küster und Organisten Henckel zu Sattenhausen, Amts Reinhausen, und dem Regierungs-Botenmeister Schmidt zu Stralsund, sowie die **Rettungs-Medaille am Bande**: dem Fleischergesellen Johann Knoll zu Bromberg und dem Tagelöhner Paul Diefenbach zu Offheim im Ober-Lahnkreise.

Se. Majestät der König hat dem königlich belgischen interimistischen Geschäftsträger in Bern Mr. de Borchgrave den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; ferner dem Appellationsgerichts-Rath Schlüter in Marienwerder bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Geheimer Justiz-Rath verliehen, so wie den Stadt- und Kreisrichter Hoffmann in Danzig zum Stadt- und Kreisgerichts-Rath daselbst und den Staatsanwalts-Gehilfen Fischer in Magdeburg zum Staatsanwalt in Colberg ernannt.

Berlin, 24. Febr. [Se. Maj. der König] wohnten gestern dem Gottesdienst im Dome bei und empfingen alsdann den General-Lieutenant v. Beyer, den Baron v. Rothschild, sowie den Wirklichen Geheimen Rath v. Düesberg, Ober-Präsidenten der Provinz Westfalen.

Se. Maj. der König nahmen im Laufe des heutigen Tages die Vorträge des Hausministers und des Civil-Cabinets entgegen, empfingen den Grafen Eberhardt v. Stolberg-Wernigerode, den General-Lieutenant von der Armee, v. Hartmann, und ertheilten dem nordamerikanischen Gesandten, Mr. Bancroft, eine Audienz.

[Ihre Maj. die Königin] war vorgestern in der achten Vorlesung des wissenschaftlichen Vereins anwesend.

Gestern wohnte Allerhöchstdieselbe dem Gottesdienste im Dome bei. — Das Familien-Diner fand bei Ihrer Majestät der verwittweten Königin in Charlottenburg statt. — Abends war Ihre Majestät die Königin in einer Sitzung des Magdalenen-Stifts-Vereins anwesend.

[Se. k. H. der Kronprinz] stattete vorgestern dem Cadetten-Corps einen Besuch ab und wohnte daselbst Früh 9 Uhr einer Prüfung der Cadetten bei. Um 4 Uhr dinirte Höchstderselbe bei Sr. k. H. dem Prinzen Alexander. Ihre Maj. die Königin erschien um 2 Uhr zum Besuch im kronprinzlichen Palais.

Gestern Vormittag wohnte Se. k. Hoheit der Kronprinz dem Gottesdienst im Dome bei, ertheilte von 12 Uhr an Audienzen dem Oberst-Lieutenant und Commandeur des 1. Pommerschen Ulanen-Regiments Nr. 4, v. Schmid, dem General-Lieut. Prinz zu Bentheim-Tecklenburg, dem Grafen Reventlou-Starzeddel und dem Professor Becker, dinirte um 5 Uhr bei Ihrer Maj. der Königin-Wittwe und nahm den Thee bei Ihren Majestäten ein. Um halb 12 Uhr Vormittags stattete Ihre Maj. die Königin-Wittwe einen Besuch im kronprinzlichen Palais ab. (St.-A.)

△ **Berlin**, 21. Febr. [Die Reorganisation der Feldpost.] Die Erfahrungen, welche wir in den letzten Feldzügen gemacht haben, sind Ursache zu einer Umgestaltung des Feldpostwesens geworden. Die neue Dienstordnung für die Feldpostanstalten vom 16. August v. J., gemeinschaftlich von der obersten Postbehörde und dem Kriegsministerium gegeben, ordnet unter Anderem Folgendes an: Für jedes mobile Armee-Corps werden errichtet ein Feldpostamt mit einer Feldpostexpedition für dir Avantgarde, zwei Feldpostexpeditionen für die zwei Infanterie-Divisionen und eine Feldpostexpedition für die Reserve. Werden mehrere Armee-Corps mobil gemacht und stehen dieselben unter dem Befehl eines Oberbefehlshabers, so wird für das Armee-Commando ein besonderes Armeepostamt eingerichtet. Bei einer Mobilmachung der ganzen Armee wird außerdem für das große Hauptquartier das Feld-Oberpostamt errichtet. Zum Zweck der Herstellung und Erhaltung gesicherter Postverbindungen zwischen der operirenden Armee und dem Vaterlande werden auf den Etappenstraßen an geeigneten Punkten besondere Postanstalten (Feldpost-Relais) etablirt, bei denen nach Bedarf Umspannung stattfindet. Die specielle Leitung und Beaufsichtigung des Etappen-Postdienstes bei einer Armee liegt dem Etappen-Postdirector und zwei Etappen-Post-Inspectoren ob. Diese Beamten sind dem General-Etappen-Inspecteur zugetheilt. Die Ausrüstung der Feldpostanstalten ist eine reichere als früher, insbesondere ist bezüglich der Fahrzeuge dem Bedürfniß mehr Rechnung getragen worden. Die Ressortverhältnisse der Feldpostanstalten haben insofern eine wichtige Aenderung erlitten, als dieselben nicht mehr zur Intendantur gehören. In technischer Beziehung stehen die Feldpostanstalten unter dem Generalpostamte (die Feldpostexpeditionen zunächst unter dem Feldpostamte), in nicht technischer Beziehung ressortiren sie von den betreffenden Truppenbefehlshabern. Feldbriefträger werden nicht mehr angestellt, die Geschäfte derselben haben die Feldpostschaffner, deren Zahl größer als früher ist, mit zu besorgen.

Schwerin, 23. Febr. [Zollverein. — Eisenbahn.] Demnächst wird von Seiten der Zollvereinsbehörden eine Commission nach Mecklenburg abgeordnet werden, um über die durch den Zollanschluß Mecklenburgs gebotenen Einrichtungen zu berathen. — In Betreff der Kleinen-Lübecker Eisenbahn-Angelegenheit sind die Verhandlungen durch die mecklenburgischen Ministerialräthe Meyer und Brandt, welche als Regierungscommissare fungiren, in Lübeck fortgesetzt worden, doch liegen definitive Erklärungen der diesseitigen Regierung nicht vor.

Hamburg, 24. Febr. [Der Postdampfer „Allemannia"] ist von Newyork mit der amerikanischen Post an Bord gestern Abend in die Elbe eingelaufen, wird jedoch wegen starken Nebels Hamburg vor heute Mittag nicht erreichen.

♃ **Aus dem Königreich Sachsen**, 23. Febr. [Die Reform des Gefängnißwesens. — Die hannoverschen Extrazügler. — Das Zollparlament] Es ist eine anerkannte Thatsache, daß liberale Regierungen mit reactionären Apparaten nicht arbeiten können, ohne in ihren Bestrebungen überall Hemmniß und Widerstand zu finden. Kann man nun auch der sächsischen Regierung gerade den Vorwurf allzu großer Liberalität nicht machen, so darf man ihr doch wohl das Zeugniß nicht versagen, daß all' ihre neueren Gesetzesvorlagen vom Geiste der Zeit durchweht sind und das Gepräge des Fortschritts an sich tragen. Namentlich gilt dies vom Justizministerium in Bezug auf das Gefängnißwesen. Wer sich der Waldheimer Unmenschlichkeiten unter Beust erinnert, der wird Gesetzesvorlagen, wie Aufhebung der Todesstrafe, Wegfall einzelner Strafverschärfungen ꝛc. nur mit Freuden begrüßen können. Natürlich muß man die Thorheit aufgeben, die da wähnt, mit Kopfabschlagen, lebenslänglichem Gefängniß, Zuchthaus und Strafarbeit sei das Uebel der Verbrechen zu heilen. Man wird die Gefangenen und damit die Gefängnisse verringern, wenn man die Schuld begreift, welche die Einrichtung der bürgerlichen Gesellschaft selbst an so vielen Vergehen und Verbrechen haben; wenn man unnütze, geist- und herzlose Gesetze abschafft, welche entweder Fallstricke für unbefangene Menschen oder Aufreizungen zu Leidenschaftlichkeiten bilden; wenn man die sittlich wirkende Kraft der Bildung als das höchste der allgemeinen Interessen anerkennt. So lange dies nicht geschieht, erreicht man nichts weiter, als von Jahr zu Jahr ein furchtbares Heer von Gefangenen, eine erschreckende Vermehrung der Gefängnisse und eine Menge Menschen, welche durch die „Strafe" gänzlich um ihren sittlichen Halt kommen und dem Leben der Verbrechen gewaltsam in die Arme getrieben werden. Was bisher aus den Gefängnissen in unsere bürgerliche Gesellschaft zurückkehrte, brachte meist solche Wirkungen hervor, welche wieder dem Gefängnisse, nicht aber der Gesellschaft zu Gute kamen. Die Gefängnisse erreichten also ihren wirklichen Zweck nur sehr ungenügend. Wie unendlich viel weniger würde aber verbrochen werden, wenn man die Gesetze mehr den naturgemäßen Verhältnissen anpaßte. Heute giebt es keine Wucherer mehr in den Gefängnissen, weil das Wuchergesetz als eine Anomalie aufgehoben ist. Seitdem die Zollschranken in Deutschland gefallen, kennt man in manchem deutschen Lande das Verbrechen der Schmuggelei gar nicht mehr. Und endlich muß man mit Ernst daran gehen, die Strafgesetze zu humanisiren, nicht nur, daß man die zahllosen Härten und langen Kerkerstrafen abschafft, sondern auch, daß die Barbarei aufhört, welche darin liegt, daß unsere Gesetzgebung jeden Gefallenen niederschlägt, indem sie ihn wegen seiner That schonungslos der Gefängnißwelt zuweist. Wenn man erst mehr Achtung vor dem Freiheitsrecht des Einzelnen haben wird, dann wird man auch besser begreifen, daß das Einsperren nicht die gewöhnlichste, sondern die schwerste Strafe für den Menschen sein muß. — Unserem Justizministerium gebührt unstreitig der Ruhm, wenigstens die Härten aus der Strafgesetzgebung mehr und mehr zu entfernen. Freilich sind es jetzt nur Entwürfe, die den Kammern vorliegen, und wie diese reactionäre Gesellschaft darüber denkt, hat uns eine der letzten Sitzungen verrathen. Bei der Verhandlung am 20. d. Mts., wo die II. K. 321,500 Thaler für die Straf- und Versorganstalten zu bewilligen hatte, wurde nämlich das Justizministerium von allen Seiten wegen zu großer Milde angegriffen, ja der Abg. Seiler war schamlos genug, es für ein Unglück des Landes zu bezeichnen, falls die Entwürfe die Zustimmung der Ständeversammlung erhalten sollten. Da muß man wirklich vor dem Bildungsgrad unserer Stände erröthen, denn so viel auch die Regierung sich Mühe gab, die Nothwendigkeit einer Reform der Strafgesetze darzuthun, überzeugen konnte sie damit die Männer der Beust'schen Schule nicht. Wahrlich, es ist hohe Zeit, daß die Versammlung einer würdigeren Landesvertretung Platz mache, soll Sachsen schließlich nicht noch um seinen Ruf der Civilisation und Bildung gebracht werden. Ist es nicht eine Schmach für jedes constitutionelle Gewissen, wenn Abgeordnete, wie man aus den Landtagsberichten hiesiger Blätter entnehmen kann, öffentlich erklären, daß sie den Tyrannen für die geeignetste Persönlichkeit an der Spitze des Staates halten? Ihre neuen hannoverschen Landsleute kehren nach und nach von der Hietzinger Comödie zurück, nicht in zwei Extrazügen, wie sie hinfuhren, sondern truppenweise oder einzeln mit verschiedenen Zügen. Das Urtheil, welches man hier über sie fällt, ist wenig schmeichelhaft. „Hätten die Narren", sagt man, „ihr Geld für die Invaliden von Langensalza verwendet, so würden sie in demselben Grade Achtung sich erworben haben, wie sie jetzt durch ihr kindisches Gebahren Spott und Verachtung trifft. Uebrigens scheint die Wiener Atmosphäre etwas entnüchternd auf sie eingewirkt zu haben, denn sie kommen viel kleinlauter zurück, als sie hinfuhren. Der ganze Vorfall würde lange nicht so viel Interesse beanspruchen, wenn nicht just an demselben Tage, wo die Hietzinger Demonstration in Scene gesetzt wurde, das preußische Herrenhaus durch Einstimmigkeit den Gesetzent-

wurf bezüglich der Votirung von 16 Millionen Thalern für den Ex-König Georg perfect gemacht hätte. Man weiß, wie energisch gerade die preußische Regierung im Abgeordnetenhause diese Vorlage vertheidigte, und ebenso, daß alle Welt den Kopf über diese Generosität gegen einen Feind schüttelte, der durchaus nicht Miene zeigt, für diese reiche Geldentschädigung seine Ansprüche aufzugeben. Wenn Graf Bismarck dies glaubte und es noch in fester Zuversicht vor einigen Wochen vor dem Lande erklärte, so wird er jetzt wohl seine Ansicht verändert haben. Nach dem, was Herr v. d. Heydt im Herrenhause erklärte, und was nun in Hietzing passirt ist, dürfte man denn doch wohl in Berlin Anstand nehmen, trotz der Zustimmung beider Häuser des Landtages ein Gesetz publiciren zu lassen. Die Unklugheit des Königs Georg, noch recht zur Zeit, erspart hoffentlich Preußen noch die 16 Millionen. — Die süddeutschen Wahlen für das erste Zollparlament werden hier mit großem Interesse verfolgt. Wenn auch nicht zu leugnen ist, daß bei uns noch viele widerhaarige Elemente sind, die sich mit der neuen Ordnung der Dinge nur deshalb nicht befreunden, weil dieselbe von Preußen ausgeht, so steht unzweifelhaft fest, daß der größere Theil der Bevölkerung und namentlich Handel und Industrie mit vieler Hoffnung dem Zusammentritt des Zollparlaments entgegensieht. Die wirthschaftliche Einigung ist jedenfalls auch für die nationale und politische Einigung die sicherste Basis. Erreicht das Zollparlament diese, so hat es den Grund gelegt, aus welchem die weitere Einheit von selbst hervorsprossen wird. —

München, 24. Febr. [Der Zustand des Königs Ludwig I.] Einem aus Nizza heute Abend hier eingegangenen Telegramm zufolge hat sich der Zustand des Königs Ludwig von Baiern seit gestern sehr verschlimmert, indem eine Steigerung der Entzündung und Fieber mit Delirium eingetreten ist. Der Zustand des Königs giebt zu ernsten Befürchtungen Veranlassung.

Karlsruhe, 24. Febr. [Zollparlamentswahlen.] Im 7. Wahlbezirk ist Dahmen (Katholik), im 8. Wahlbezirk Lindau definitiv gewählt. Im 2. und 3. Wahlbezirk kommt es zu engeren Wahlen, im ersteren zwischen dem Fürsten von Fürstenberg und Kirsner, im letzteren zwischen Leo und Hebting. Wegen der Doppelwahl Lindau's (im 8. und 14. Wahlbezirk) ist eine Neuwahl nothwendig geworden.

Oesterreich.

B. **Von der polnischen Grenze**, 20. Febr. [Zur Sendung Kreptowitsch's. — Die Emigration gegen das russische Pacifications-Project. — Gutachten eines russischen Kriegsrathes.] In unsern nationalgesinnten Adelskreisen wird die Sendung des Grafen Kreptowitsch nach Rom als ein weiteres Symptom betrachtet, daß für Polen in religiös-politischer Beziehung günstigere Verhältnisse in Aussicht stehen. — Wie die Lemberger „Gazeta-narodowa", das Organ des Statthalters Goluchowski wissen will — wird es von dem Resultate der Unterhandlungen Kreptowitsch's in Rom abhängen, ob er als Gesandter Rußlands dort verbleiben werde. In Uebereinstimmung mit jener Depesche, welche die Ankunft Kreptowitsch's in Rom und das Verlangen des Papstes nach einer apostolischen Nuntiatur in Petersburg anzeigt, geht auch in den Kreisen der hiesigen höhern Geistlichkeit die Nachricht, daß der römische Stuhl die Ernennung eines Nuntius für Rußland zur Wahrung der religiösen Interessen der katholischen Bewohner als Hauptbedingung eines besseren Einvernehmens zwischen Rom und Petersburg aufgestellt habe. Die hierauf bezüglichen Unterhandlungen — heißt es weiter — seien schon längere Zeit im Zuge, und es scheint ein günstiger Abschluß nicht in allzuferner Zeit in Aussicht zu stehen, weil man in Petersburg sich entschlossen hat, den Grafen Kreptowitsch nach Rom zu senden. — Diese und ähnliche Nachrichten scheinen auch schon der Emigration bekannt geworden zu sein, die selbstverständlich von keiner Annäherung zwischen Polen und Rußland etwas wissen will. So warnt man also aus den dem Fürsten Czartoryski ergebenen Emigrationskreisen in Paris vor den Bemühungen Rußlands, die Polen durch neue Versprechungen zu gewinnen. Bezüglich der neuesten Versöhnungspolitik des Petersburger Cabinets gegenüber Polen erzählen sogar Pariser Briefe die Art und Weise, wie jene entstanden. Vor etwa drei Monaten — schreibt nämlich ein Czartoryskischer Agent — „wo die russischen Journale den Krieg gegen die Türkei als nahe bevorstehend verkündeten, wurden in der That in Petersburg eine Reihe militärischer Berathungen gepflogen, welchen Kaiser Alexander präsidirte. Es handelte sich vornehmlich, die Wechselfälle zu erwägen, welchen Rußland durch einen Krieg gegen die Türkei und allenfalls mit Frankreich und Oesterreich ausgesetzt wäre, wobei die versammelten russischen Generale fast einstimmig erklärten, daß im Hinblick auf die politische Stimmung in Polen und die militärisch ungeschützte Lage des dortigen Kriegstheaters, ein massenhaftes Vordringen des Feindes nach Litthauen und dem Innern Rußlands zu besorgen wäre." Auf diese Darlegung hin habe man sich erst entschlossen, in der orientalischen Frage weniger heftig vorzugehen, und die Hindernisse in Polen möglichst zu beseitigen.

φ **Aus Nordösterreich**, 22. Februar. [Zur Hietzinger Demonstration. — Die Affaire Neipperg und die Honveds-Vereine. — Ein Brief Kossuths. — Russische Kriegs-Symptome. — Die Krakauer Befestigungen.] Die welfische Demonstration in Hietzing hat wenigstens für einige Momente unsere übrigen brennenden Tagesfragen in den Hintergrund gedrängt, und zumal betreffs der dewußten Paßgeschichte zu der vielfach geäußerten Frage Anlaß gegeben: „Wie steht es eigentlich mit dem freundnachbarlichen Verhältniß unserer Regierung zu der Preußens?" Ich muß Ihnen offen gestehen, daß weder ich noch viele andere Leute in Oesterreich an die Eigenmächtigkeit der österreichischen Polizeibehörde bezüglich der Ausgabe österreichischer Pässe an die hannöverschen Legionäre recht glauben wollen, weil die Polizei selbst nicht an österreichische Staatsangehörige Legitimationen zu ertheilen pflegt, bevor über die Person und Verhältnisse des Bewerbers der Behörde die nöthige Information zugegangen. Und nun sollen sogar Pässe an Ausländer aus purer Artigkeit seitens der österreichischen Polizei verabfolgt worden sein — das glaube der, welcher letztere nicht kennt. Auch die Rede, welche der in Hietzing residirende Exkönig gehalten, scheint mir von der Behauptung sehr weit entfernt, daß jener in Oesterreich nur ein „friedliches" Asyl gesucht und gefunden. Wenn nämlich irgend ein vertriebener Fürst oder sonst ein politischer Flüchtling erklärt, er habe die sichere Hoffnung, in sein Reich beziehungsweise Land zurückzukehren, so ist doch mit Bestimmtheit anzunehmen, daß man jene Rückkehr nicht ausschließlich der gütigen „Vorsehung" überläßt — sondern auch mit gewissen irdischen Mitteln nachhelfen wird, um jenen Wunsch zu erreichen. Wie dem aber auch sei, so wird man in Berlin gut und weise thun, den Freundschaftsversicherungen und süßlichen Entschuldigungen der Wiener Officiösen nicht allzu sehr zu vertrauen. Es werden ja in jenen Kreisen sehr oft Dinge versichert, die in Wirklichkeit eine ganz andere Gestalt, als die bezeichnete, besitzen! Ihr Correspondent hat in dieser Beziehung zu viele Beweise gesammelt, als daß er auf die Versicherungen der Wiener Officiösen noch irgend ein Gewicht legen könnte. — Wie ich Ihnen in meinen jüngsten Briefen vorhergesagt, hat die Affaire Neipperg in Preßburg die Agitation der Honveds-Vereine noch mehr auf die Spitze getrieben, und den österreichischen Truppen in Ungarn fast eine Lage bereitet, wie jene in Italien es gewesen. Die Offiziere in Pest, Preßburg und andern ungarischen Städten beklagen sich bereits, daß sie in öffentlichen Localen von dem Civil in auffälliger Weise gemieden werden, oder Dinge zu hören bekommen, die nur Anlaß zu weitern Conflicten bieten. Dabei hört das Journal „Honved" im Vereine mit den übrigen Organen der Linken nicht auf, die für die Oesterreicher verletzendsten Episoden aus den Revolutionsjahren 1848/49 zu erzählen, und jene mit dem stets wiederkehrenden Refrain: „die fremden Truppen müssen fort und durch eine ungarische Nationalarmee ersetzt werden, zu schließen. — Auch haben die Militärbehörden Kunde erhalten, daß unter den Soldaten ungarischer Nationalität abermals ein Pamphlet seitens des Honvedsvereins unter dem Titel: „An die ungarischen Krieger im fremden Dienste" verbreitet worden, welche Schrif unter den lockendsten Versprechungen die baldige Organisation der Nationalarmee in Aussicht stellt. Wie in die ungarischen Verhältnisse Eingeweihte wissen wollen, soll hinter dieser Agitation namentlich Kossuth stecken, der vor nicht langer Zeit an eine bekannte Persönlichkeit in Pest ein Schreiben gerichtet, worin folgende Stelle vorkommen soll: „Concentrirt alle Eure Kräfte in der Forderung nach einer National-Armee! Ist diese heute geschaffen, so ist morgen Ungarn frei und unabhängig!" — Aus Galizien berichtet man abermals, daß die Russen in Podolien und Bessarabien sich zu rühren beginnen. In Kamieniec podolsk ist ein großes Militär-Lazareth für 3000 Kranke errichtet worden, was man gleichfalls mit kriegerischen Absichten Rußlands in Zusammenhang bringt. Andererseits wird trotz des Winters an der Befestigung Krakaus fleißig fortgearbeitet, um den ganzen fortificatorischen Gürtel des verschanzten Lagers noch im Laufe dieses Frühjahrs beenden zu können.

Amerika.

Newyork, 8. Febr. [Mr. Thornton,] der neue britische Gesandte für die Vereinigten Staaten, wurde gestern durch Mr. Seward dem Präsidenten Johnson vorgestellt und herzlich empfangen.

In seiner Ansprache an den Präsidenten gab Mr. Thornton Versicherungen von den freundlichen Gesinnungen der Königin gegen das Land, dessen Präsidium Mr. Johnson in so würdiger Weise führe. Ihrer Majestät Regierung fühle sich zu tiefem Danke verpflichtet für die von Amerika beim Tode Sir Frederic Bruce's gezeigte Sympathie. Zum Schlusse erklärte Mr. Thornton, es werde sein eifrigstes Bestreben sein, die zwischen den beiden Ländern bestehende Freundschaft zu kräftigen. — Präsident Johnson erwiederte, daß die Königin mehr, denn irgend ein anderer Souverän, sich der Achtung und der Sympathie des amerikanischen Volkes erfreue. Ihrer Majestät freundliche Botschaft ermuthige ihn zu der Hoffnung auf eine baldige Ausgleichung der zwischen den beiden Regierungen schwebenden Differenzen. Sir Frederic Bruce habe sich die Achtung und Freundschaft der amerikanischen Regierung und Nation gewonnen; dasselbe Ansehen und dasselbe Vertrauen werde sich auch auf Mr. Thornton übertragen.

[Mr. Dickens] wurde gestern vom Präsidenten Johnson im Weißen Hause herzlich empfangen.

[Der Finanzausschuß des Senats] hat Bericht über die Fundirungsbill abgestattet, kraft welcher eine 5proc. Anleihe im Betrage der gesammten Nationalschuld, mit Ausnahme der 5proc., creirt werden soll, die zu pari gegen andere Staatssicherheiten austauschbar sei, nach Ermessen der Regierung in 10, spätestens 40 Jahren getilgt, und deren Capital nebst Interessen in Metall zurückgezahlt werden müsse. — Derselbe Ausschuß erstattete auch Bericht über die neue Bankbill, vermöge welcher die Notencirculation, anstatt beschränkt zu werden, auf 700 Millionen Dollars ausgedehnt wird.

[Rücktritt von der Conföderation.] Berichten aus Canada zufolge ist im Parlamente von Neu-Schottland der Antrag gestellt worden, diese Provinz möge von der Conföderation zurücktreten.

[Für die hungernden Ostpreußen] werden hier beim preußischen Generalconsul Kühne und in der Citizens Savingsbank Geldbeiträge entgegen genommen. Das Comite, welches sich zu dem Zwecke gebildet, besteht aus Dr. Carl Schramm, Th. S. Glaubensklee, F. v. Malignon, G. v. Grabow, Frd. Kühne und W. A. Kobbe.

Hayti. [Der Clerus von Hayti] hat den General Salnave excommunicirt. Die britische Regierung hat sich geweigert, dem Verlangen Salnave's entsprechend, die britische Gesandtschaft zurückzuziehen.

Buenos-Ayres, 11. Jan. [Dr. Paz †. — General Mitre. — Vom Kriegsschauplatz. — Die Cholera.] Das wichtigste Ereigniß der letzten 14 Tage ist das am 2. Januar erfolgte Ableben des Vice-Präsidenten der argentinischen Republik, Dr. Marcos Paz. Ein Cholera-Anfall machte dem thätigen Leben dieses Ehrenmannes ein Ende. — Der Vice-Präsident befand sich durch die Abwesenheit des das alliirte Heer in Paraguay commandirenden Präsidenten General Mitre an der Spitze der Regierung und wird durch seinen Tod die sofortige Rückkehr des Präsidenten erforderlich. Wir sehen derselben stündlich entgegen und sind der Ansicht, es werde dadurch ein wesentlicher Umschwung in der hiesigen Politik bedingt werden. — Der Allianz-Vertrag zwischen Brasilien und den La Plata-Staaten spricht dem Präsidenten der argentinischen Republik den Oberbefehl über die alliirten Heere in Paraguay zu; heute aber kann der Präsident Argentiniens dieses ihm zugesicherte Recht nicht mehr ausüben, da er nach dem Ableben des Vice-Präsidenten, der Verfassung gemäß, die Regierung führen muß; was wird nun die Folge jener unvorhergesehenen Verhältnisse sein? Jetzt ist die Rückkehr Mitre's nach dem Kriegsschauplatze nicht mehr möglich, der Oberbefehl muß vielmehr dauernd einem brasilianischen Heerführer übertragen werden. Was wird das argentinische Volk dazu sagen?

Auf dem Kriegsschauplatz herrscht eine fast complette Waffenruhe, die nur durch mehr oder weniger glückliche Ueberrumpelungen seitens des Feindes unterbrochen wird. So hat am 24. December ein schwaches feindliches Streifcorps das in Tuyu Cue auf Vorwache stehende brasilianische Bataillon Nr. 30 überrascht und dasselbe fast vollständig aufgerieben. Der Feind hat letzthin einige wichtige Veränderungen in seiner Stellung vorgenommen. Seine bisherigen Außenwerke wurden durch eine neue, engere Vertheidigungslinie verstärkt und erstere darauf zum Theil geräumt, so daß der Feind jetzt weit mehr concentrirt ist, und was wohl der Hauptzweck war, weit weniger Leute zur Vertheidigung der Linie bedarf. Er hat ferner mitten im Chaco, Urwald, eine neue sehr feste Position errichtet, dieselbe mit 50 Geschützen versehen und ihr eine Garnison von 5000 Mann gegeben. Diese Position, welche alliirte Officiere für uneinnehmbar einsehen, hält Lopez seine Verbindung mit dem Hinterlande offen und vereitelt gleichzeitig ein etwa beabsichtigtes Vordringen der Alliirten nach Assunction. Mit dem Einschließen des „Feindes" ist es mithin nichts; selbst wenn die Flotte Humaita forciren sollte, wird Lopez immer in Verbindung mit dem Hinterlande bleiben.

Die Cholera ist bisher nicht sehr streng auf dem Kriegsschauplatze aufgetreten und soll zur Zeit ganz von dort verschwunden sein. Um so stärker warf sie sich auf die Gegenden am untern Parana und am La Plata, wo sie zur Zeit noch schrecklich haust. In Buenos Ayres starben vom 1. December 1867 bis 9. Januar 1868 inclusive im Ganzen 3200 Personen, wovon 2100 der Cholera und 1100 anderen Krankheiten erlagen, denn außer der Cholera wird unsere schwer geprüfte Stadt zur Zeit noch von mehreren anderen Krankheiten heimgesucht. (D. Z.)

[Militär-Wochenblatt.] Gaede, Port. Fähnr. vom 4. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 51, v. Schweinichen, Port. Fähnr. vom 1. Oberschl. Inf.-Regt. Nr. 22, zu Sec. Lts., Steinmetz, Unteroff. vom 2. Oberschl. Inf.-Regt. Nr. 23, zum Port. Fähnr., Frhr. v. Seherr-Toß, v. Lieres und Wilkau, Gr. v. Moltke, Port. Fähnrs. vom Leib-Kür.-Regt. (Schles.) Nr. 1, v. Plüskow, Port. Fähnr. vom 2. Schles. Drag.-Regt. Nr. 8, zu Sec. Lts., v. Schenk zu Tautenburg, Ulan vom Schles. Ulan.-Regt. Nr. 2, zum Port. Fähnr., befördert. v. Skrbensky, Sec. Lt. vom 4 Oberschl. Inf.-Regt. Nr. 62, in das Altmärk. Ulan.-Regt. Nr. 16 versetzt. v. Wolffersdorff, Maj. und Esc. Chef im Rhein. Ulan.-Regt. Nr. 7, zum etatsm. Stabsoff ernnnnt. v. Ebertz, v. Stockhausen, Port. Fähnrs. vom 2. Schles. Gren.-Regt. Nr. 11, zu Sec. Lts. befördert. v. Colomb, Sec. Lt. vom 2. Schl. Gren.-Regt. Nr. 11, zur Dienstl. bei der Schloß-Garde-Comp. commandirt. Herrmann gen. Fellmer, Pr. Lt. zur Disp. mit dem Char. als Hauptm. und Vorstand der Handwerkstätte des Schles. Feld-Art.-Regts. Nr. 6, unter vorläufiger Belassung in diesem Verhältniß, mit seiner Pension nebst der ihm bereits bei seiner früheren Verabschiedung bewilligten Aussicht auf Civilvers. und der Erlaubniß zum Tragen der Uniform der 4. Art.-Brig., der Abschied bewilligt v. Monsterberg, Major und etatsm. Stabsoff. vom Litth. Ulanen-Regt. Nr. 12, als Ob. Lt. mit Pension und der Regts.-Unif. der Abschied bewilligt. v. Rège, Ob. Lt. a. D. zuletzt Maj. und etatsm. Stabsoff. im 1. Pomm. Ulan.-Regt. Nr. 4, mit seiner Pens. zur Disp. gestellt. Bech, Sec. Lt. vom 1. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 46, der Abschied bewilligt. Sabel, Hauptm. u. Comp. Chef. vom 1. Oberschl. Inf.-Regt. Nr. 22, mit Pension der Abschied bewilligt. Krug v. Nidda, Ob. Lt. und Commdr. des 2. Schles. Huf.-Regts. Nr. 6, in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs, als Oberst mit Pens. und der Rgts.-Unif. zur Disp. gestellt. Uecke, Hauptm. und Comp. Chef vom 2. Schles. Gren.-Regt. Nr. 11, mit Pens. und der Armee-Unif. der Abschied bewilligt. v. Kerßenbrock, Maj. vom 3. Westph. Inf.-Regt. Nr. 16, mit Pens. und der Unif. des Königs-Gren.-Rgts. (2. Westpr.) Nr. 7, Marcard, Maj. vom 8. Westph. Inf.-Regt. Nr. 57, mit Pens. nebst Aussicht auf Civilvers. und der Regts.-Unif., der Abschied bewilligt. v. Engelbrechten, Oberst zur Disp., früher Commdr. des ehemal. Hann. Kronprinz-Drag.-Regts., v. Harling, Ob. Lt., zur Disp., früher Maj. im ehem. Hann. Garde-Kür.-Regt., v. Hammerstein, Maj. zur Disp., früher im ehem. Hann. Cambridge-Drag.-Regt., mit ihrer bish. Pens. der Abschied bewilligt. Gr. v. Schaffgotsch, Rittm. von der Cav. 2. Aufg. 2. Bats. (Breslau) 1. Garde-Gren.-Landw.-Regts., mit der Unif. des Garde-Hus.-Regts., der Abschied bewilligt.

Provinzial-Zeitung.

= **Breslau**, 25. Februar. [Alarmirung der Feuerwehr.] Die Hauptfeuerwache rückte gestern Abends 7 Uhr nach dem Hause Roßgasse Nr. 4, woselbst ein Schornsteinbrand ausgebrochen sein sollte. Ein solcher wurde nicht vorgefunden und stellte sich nur heraus, daß einige Funken aus dem Schornstein herausgeflogen waren, eine Feuersgefahr aber gar nicht vorhanden war.

Breslau, 25. Febr. [Bettelei.] In der Zeit vom 17. bis 23. d. M. sind hierorts 51 Personen durch Polizeibeamte wegen Bettelns aufgegriffen und zur Haft gebracht worden.

[Selbstmord.] Am 22. d. M. Morgens wurde am Ufer der alten Oder in der Nähe der sog. Gröschelbrücke eine ungekannte 30 bis 35 Jahr alte männliche Person, von kleiner Statur mit schwachem, röthlichem Backenbart aufgefunden, welche ihrem Leben durch Erhängen an einer Erle ein Ende gemacht hatte. Bekleidet war der Entseelte mit braungestreiftem Düffelrock, schwarzen Tuchhosen, grau- und schwarz- großkarrirter Weste, defectem, braunkarrirtem wollenem Halstuche, weißleinenem Hemde, brauner Plüschmütze und geflickten Stiefeln mit langen Schäften. (Bresl. Intelligbl.)

M. **Breslau**, 24. Febr. [Das Breslauer Handlungsdiener-Institut] hatte in diesem Monat eine Sitzung und eine gesellige Versammlung. In der ersteren hielt Hr. Prof. Dr. Hermann Schulze einen Vortrag über „die staatlichen und socialen Zustände des deutschen Reiches im vorigen Jahrhundert", er zeigte, daß die centrifugalen Kräfte seit dem westfälischen Frieden vollständig den Sieg über die Reichseinheit davon getragen, daß die Wiege der Fürstensouveränetät und des losen Staatenbundes nicht erst auf dem Congreß von Wien, sondern bereits zu Münster und Osnabrück gestanden habe, daß es seit dieser Zeit nur nominell einen Reichsstaat gegeben habe und das s. g. Reichsstaatsrecht, wenigstens für die größern Reichsstände nur eine fable convenue gewesen sei. Darauf gab er einen Ueberblick über die bunte Mannigfaltigkeit der Territorien, deren Zahl noch im vorigen Jahrhundert mehr als 350 betragen habe, ungerechnet der etwa 1400 reichsunmittelbaren Besitzungen der Reichsritterschaft in Franken, Schwaben und am Rhein; er schilderte die üppige Indolenz der geistlichen Fürstenthümer, die prunkende Souveränetätssucht der weltlichen Duodezfürsten, die finanzielle Verkommenheit der 51 freien Reichsstädte. Darauf gab er ein Bild von der Verfallenheit der Reichsinstitutionen, der Schwerfälligkeit des Reichskammergerichts, der Bestechlichkeit des Reichshofraths, den Ceremonie- und Rangstreitigkeiten des Reichstags zu Regensburg; schließlich hob er hervor, wie, im Gegensatz zu diesem verfallenen Reichsbau, im Norden Deutschlands durch das Herrschergenie des großen Kurfürsten und seiner Nachkommen aus schwachen unscheinbaren Anfängen der Staat erstanden sei, welcher providentiell bestimmt sei, sich zum wahren Nationalstaat zum deutschen Reich der Zukunft zu erheben. — Die gesellige Versammlung wurde durch einen Vortrag des Ehrenmitgliedes Hrn. Kaufmann Wurm über die Seidencultur in Preußen ebenfalls recht interessant gemacht. Nach einem geschichtlichen Ueberblick der Verbreitung des Seidenbaues in Europa und des gegenwärtigen Standes desselben zeigte derselbe Maulbeerlaub, Grains, Zeichnungen ꝛc. vor und erklärte dabei den ganzen Vorgang der Raupenzucht bis zur Abhaspelung der Cocons. Schließlich gedachte der Vortragende auch der Verdienste, die sich der hiesige Seidenbau-Verein um den betr. Culturzweig erworben. Den Rest des Abends erfüllten verschiedene heitere Vorträge und die Erledigung des reichbedachten Fragekastens.

—s. **Breslau**, 23. Februar. [Wissenschaftliche Vorträge.] Die Reihe der von der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur für diesen Winter veranstaltet gewesenen Sonntagsvorträge wurde heute mit einem Vortrage des Herrn Professor und Stadtrath Dr. jur. Eberty „über die Freundschaftsverhältnisse Friedrichs des Großen" beschlossen. Derselbe wies zunächst alle die falschen Behauptungen zurück, nach denen der große König, welcher bekanntlich in seiner Ehe keine rechte Befriedigung fand, durch ein näheres Verhältniß zu anderen Frauen sich dafür Ersatz gesucht haben soll, und indem er demselben den Sinn für das häusliche Glück glaubte absprechen zu müssen, stellte er es zugleich außer Zweifel, daß alle die Verbindungen, welche Friedrich II. mit geistreichen Männern einging, nur sehr wenig von demjenigen Geiste erkennen lassen, welcher dieselben zu wirklichen Freundschaftsverhältnissen erhoben haben würde. Nur sein Verhältniß zu seiner Schwester Wilhelmine und zu dem Marquis d' Argens lassen besonders in späterer Zeit uns wohl ahnen, daß ihn ein wirkliches Herzensbedürfniß mit ihnen verband, obwohl jene Härten, über welche sich sogar Jordan bisweilen mit Recht zu beklagen gehabt hat, auch diesen nicht immer ganz fern bleiben konnten, so daß man denn sagen kann, daß sich im Ganzen genommen im Tabakscollegium Friedrich Wilhelm's I. mehr freundschaftliche Gesinnung gezeigt hat, als in dem Umgange, den Friedrich II. hauptsächlich nur zur Erhöhung der Tafelfreuden zu pflegen für gut fand. Wie es jedoch bei unverheiratheten Männern nicht selten geschieht, daß sie ihre Vertrauten aus Kreisen erwählen, welche nicht nur in Hinsicht auf bürgerliche Stellung, sondern auch durch ihren Mangel an wirklicher Bildung tief unter ihnen stehen, so hatte auch Friedrich der Große an seinem Fredersdorf einen Diener, dessen Anhänglichkeit sich beinahe durch eine Art von Freundschaft belohnt sah. Nachdem der Herr Vortragende, der für dies alles die treffendsten Beweise beibrachte, sich schließlich in eben dieser Weise noch mit dem Verhältnisse Friedrichs II. zu Voltaire beschäftigt hatte, sprach er im Namen der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur vor der zahlreichen Versammlung noch seinen Dank für die lebhafte Theilnahme aus, welche das Publikum auch in diesem Winter den hiermit beendeten Sonntagsvorträgen entgegengebracht hat. Wir hoffen dagegen, daß es das Mandat, welches der Presse gegeben ward, nicht überschreiten heißt, wenn wir im Namen des Publikums diesen Dank in der aufrichtigsten Weise erwiedern, indem wir im tiefsten Herzen die bleibende Verpflichtung dazu insbesondere allen denen gegenüber wohl fühlen, welche die schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur durch so werthvolle Gaben vertraten und welche durch ihre höchst schätzbare Hingebung die Treue bezeugten, mit der die Gesellschaft an ihrer erhabenen Mission noch unwandelbar festhält.

□ **Breslau**, 22. Februar. [Christkatholische (freie) Gemeinde.] In der gestern Abend im Humanitätsgebäude stattgefundenen Gemeindeversammlung wurde zunächst beschlossen, daß die Wiederkehr des Gedächtnißtages des Stiftungsfestes der Gemeinde, Sonntag den 8. März, nicht allein durch die am Vormittag desselben Tages stattfindende religiöse Feier, sondern auch des Abends in bisher üblicher geselliger Weise begangen werden soll. Den Vortrag am Vormittag hat Herr Prediger Hofferichter übernommen. Ferner wurde der Gemeinde nunmehr der Wortlaut des am 14. d. M. ergangenen, ihr bereits in ihrer vorigen Gemeinde-Versammlung in seinen Hauptsachen mitgetheilten Wahrspruches des Provinzial-Schiedsgerichts über die Frage: welche von beiden Gemeinden die alte sei, (s. den damal. Bericht) vorgelesen*) und im Anschluß dann mitgetheilt, daß seitens der anderen Gemeinde, die sich fortwährend noch die alte nennt, ein Protest an den Provinzial-Vorstand gesendet worden sei, worin sie denselben bittet, ihre Gemeinde zu schützen, „da sie im entgegengesetzten Falle aus dem Provinzialverbande ausscheiden werde." Der diesseitige Vorstand habe in Folge der ihm zugegangenen Mittheilung, daß der Provinzial-Vorstand nun geneigt sei, im Falle er von einer Gemeinde deshalb angegangen werde, für die Durchführung des Schiedsgerichtsspruches einzutreten, die Unterstützung des Provinzialvorstandes namentlich in Betreff der dieser Gemeinde zugesprochenen gemeinsamen Benutzung der Halle, sowie des Leichenwagens ꝛc. nachgesucht. Das betref-

---

*) Das Urtheil wird gedruckt den Gemeinden und Gönnern derselben zugehen.

fende Schreiben wurde auch vorgelesen und erfreute sich allgemeiner Billigung. Außerdem theilte Herr Hofferichter mit, daß der II. Bericht der Petitionscommission des Abgeordnetenhauses für Dissidentische und Kirchen-, resp. Schulangelegenheiten, ihm zugegangen sei, und daß die Commission sich zu dem Beschlusse geeinigt habe:

„Die Petitionen der freien Gemeinden zu Nordhausen, Frankfurt a. O. und der (diesseitigen) christkatholischen Gemeinde zu Breslau, unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des Hauses vom 13. März 1865 der königl. Staatsregierung wiederholt zur Abhilfe zu überweisen."

♂ **Breslau**, 24. Februar. [Gründung eines General-Vereins der Bienenzüchter Schlesiens.] In Folge Einladung des Vorstandes des landwirthschaftlichen Central-Vereins für Schlesien behufs Gründung eines General-Vereins der Bienenzüchter Schlesiens hatten sich im Local des Club der Landwirthe die Delegirten der Vereine und einige hervorragende Bienenzüchter in Zahl von 21 Personen eingefunden. Herr Graf Burghauß Excellenz eröffnete die Versammlung unter Hinweis auf den Zweck derselben und hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Nachdem einige Entschuldigungsgesuche mitgetheilt wurden und Hr. Pastor Schönfeld aus Tentschel Worte des Dankes an den Vorstand des Central-Vereins gerichtet, wurde die Frage: Soll ein schlesischer General-Bienenzüchter-Verein gegründet werden? einstimmig mit Ja beantwortet. Hierauf wurde zur Berathung des von dem General-Secretär Hrn. Korn entworfenen Vereinsstatuts übergegangen und die einzelnen Paragraphen desselben mit unbedeutenden Abänderungen angenommen. Zum Vorstande des General-Vereins wurden gewählt: Graf Stosch auf Manze als Präsident, Pastor Schönfeld in Tentschel bei Liegnitz als Stellvertreter; General-Secretair Korn als erster, Lehrer Klimke in Frankenthal bei Neumarkt als zweiter Secretair; die Wahl des Rendanten wurde noch ausgesetzt; das Präsidium wird dieselbe in Uebereinstimmung mit dem Vorstande des landw. Central-Vereins ausführen. Sitz des General-Vereins ist Breslau. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich in der ersten Hälfte des October a. c. statt. Der Anschluß der schlesischen Vereine, sowie der einzelnen Züchter ist erwünscht.

=th.= **Schönau**, 22. Februar. [Eine sonderbare Begebenheit.] Unser Städtchen ist seit Kurzem in nicht geringe Aufregung versetzt worden durch eine Begebenheit, die wohl verdient auch außerhalb unseres Weichbildes besprochen zu werden. — Vor wenig Wochen starb hier hochbetagt die Inhaberin eines kleinen kaufmännischen Geschäftes, Fräulein Z., die letzte von drei unverheiratheten Schwestern, und sämmtliche hiesige Einwohnerschaft sah mit Neugierde der Regulirung des Nachlasses entgegen, da die drei Schwestern Z. ihrer sonderbaren, abgeschlossenen Lebensweise halber zu den interessantesten Originalen des Ortes gehörten und außerdem auch noch in dem Rufe nicht unbedeutender Wohlhabenheit standen. Ehe indessen noch die gerichtliche Siegelung des Nachlasses stattfand, bewegten sich verschiedene Leute in dem ausgestorbenen Hause und in den folgenden Tagen cursirten eine Menge Goldstücke in der Stadt, und noch mehr Gerüchte über die Art und Weise, wie das Geld aus dem Z.'schen Nachlasse in das Publikum gekommen sei, was indessen kein Einschreiten der Polizei zur Folge hatte. Bei der gerichtlichen Aufnahme des Inventarium fand man auch wirklich in allen Winkeln, oft unter Lumpen und Schmutz versteckt, eine Menge Goldstücke. Daher war es auch nicht zu verwundern, daß alle alten Kleider und Möbel der genauesten Untersuchung unterworfen wurden. Bei der nun folgenden öffentlichen Versteigerung der Sachen wurde in einem Nebenzimmer ein alter Schrank, den Jemand zu erstehen beabsichtigte, zuvor durch einen Tischler untersucht, nnd dabei ein alter Sack gefunden, welcher hervorgezogen zerriß und einen Strom von einigen hundert Thalern ergoß, über den das anwesende Publikum mit größter Hast herfiel, jedenfalls, damit Jeder die aufgelesenen Thaler in sichere Verwahrung bringen könne. Auch dies Ereigniß hatte polizeiliche Recherchen noch nicht zur Folge. Indessen telegraphirte am 16. d. M. das Breslauer Polizeipräsidium hierher, daß ein Beamter des hiesigen Gerichtes, der bei der Auction beschäftigt gewesen war, sich durch Ausgabe und Verwechslung mehrerer Goldstücke in Breslau verdächtig gemacht habe. Und diese Stücke stimmen auch ganz genau mit den sonst noch im Nachlasse vorgefundenen überein, so daß die Verhaftung des Betreffenden denn auch noch denselben Abend erfolgt ist. Jetzt werden auch viele von den aufgelesenen Thalern auf dem hiesigen Gericht wieder abgeliefert. — Daß alles dieses unsere ehrbare Bürgerschaft nicht wenig in Aufregung versetzt, ist begreiflich, und diese Erregung wird noch gesteigert durch allerlei nächtlich an die Straßenecken geklebte Plakate, auf welchen in Form von Theaterzetteln die bei dem erzählten „Lust- und Thränenspiel" betheiligten Personen ziemlich deutlich bezeichnet werden.

⊙ **Waldenburg i. Schl.**, 24. Februar. [Vorschuß-Verein.] Derselbe erzielte im abgelaufenen Jahre 1867 im Ganzen einen Ueberschuß an Zinsen von 5981 Thlr. 5 pCt. davon, 1461 Thlr., fallen zunächst auf das Guthaben der Mitglieder. Von den bleibenden 4520 Thlr. kommt die eine Hälfte zur Bestreitung der Verwaltungskosten und zur Besoldung der Beamten in Abrechnung, die andere Hälfte und obige 5 pCt., 1461 Thlr., zusammen 3721 Thlr., wurden so vertheilt, daß 1) dem Reservefonds 226 Thlr., 2) dem Centralbureau 20 Thlr., zusammen 246, überwiesen und 11⅔ pCt. Dividende den Mitgliedern gegeben wurden. Ein Gewinnrest von 66 Thlr. konnte als Dividende nicht mit vertheilt werden, und soll in nächster Generalversammlung über dessen Verwendung Beschluß gefaßt werden. Verluste hat der Verein 1867 keine erlitten. Die Reserve ist nunmehr in 4½ pCt. preuß. Staatsanleihe angelegt. Sogenannte „böse Schulden" hat der Verein nur 637 Thlr. noch einzuziehen. Die gegenwärtige Mitgliederzahl ist 996, welche ein Gesammt-Guthaben von 35,599 Thlr. besitzen. Das eigene Vermögen des Vereins, Guthaben und Reserve beträgt 38,625 Thlr., fremde Capitalien sind a. Darlehne 19,646 Thlr., b. Spareinlagen und Depositen 96,709 Thlr. Das gesammte Betriebscapital beträgt demnach 154,976 Thlr. und sind 33⅓ pCt. desselben eigenes Vermögen des Vereins, das sich also zum fremden wie 1 zu 3 verhält. Vorschüsse sind in 3498 Posten von 1 bis 4000 Thlr., zusammen 719,341 Thlr., gewährt worden. Mit Wechseln wurde ein Umsatz von 760,095 Thlr. erzielt. Im Discontoverkehr ist eine kleine Steigerung von 26,488 Thlr. auf 36,460 Thlr. wahrzunehmen gewesen.

△ **Brieg**, 23. Februar. [Der hiesige Bienenverein] hielt heute im Bober'schen Locale seine Sitzung. Ungünstige Verhältnisse waren Ursache gewesen, daß seit einem Jahre keine Versammlung stattgefunden hatte. Der Wunsch, daß mit dem neuen Vereinsjahre wieder das frühere rege Leben in den Verein einkehren möge, gab sich allseitig zu erkennen. Die Vorstandswahl fiel auf die Herren: Lehrer Loeber zum Vorsitzenden, Organist Esche zu dessen Stellvertreter und Schriftführer, Zollpächter Monser zum Rendant. Anfang Mai d. J. soll das Stiftungsfest gefeiert und dabei eine Verloosung vorgenommen werden.

=ch= **Oppeln**, 24. Febr. [Von der Oder.] Die nach dem früheren Referat bei Groß-Döbern wieder zum Stehen gekommene Eisversetzung hat sich in der Nacht vom 21. zum 22. h. in Bewegung gesetzt und ist nunmehr die Oder von Cosel bis zur Grenze des Regierungs-Bezirks Oppeln, wahrscheinlich also auch bis Breslau für die Schiffe passirbar. Das oberhalb Cosel noch befindliche Eis verzehrt sich allmälig, so daß voraussichtlich ein weiterer Eisgang nicht mehr stattfinden wird.

Telegraphische Witterungsberichte vom 24. Februar.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	339,0	—0,4	SO., stark.	Bedeckt.
7	Königsberg	339,3	—0,6	S., schwach.	—
6	Stettin	339,5	1,2	WSW., mäßig.	Trübe, gest. Regen.
—	Ratibor	—	—	—	—
—	Münster	338,0	1,8	SW., schwach.	Trübe, Schnee.
—	Trier	336,3	1,7	W., schwach.	Trübe.
7	Flensburg	337,4	0,5	SW., lebhaft.	Regen.
8	Paris	—	—	—	—
—	Haparanda	324,9	—3,4	S., schwach.	Bedeckt.
—	Helsingfors	336,4	—7,7	SSO., schwach.	Bedeckt.
—	Petersburg	339,3	—11,9	SW., schwach.	Bewölkt.
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	334,8	0,3	SSW., schwach.	Bedeckt.*)
—	Skudesnäs	331,1	4,4	W., frisch.	Bedeckt.

*) Nachts Schnee. Gestern S. Max. +1,6. Min. —0,8.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 24. Febr. 10 U. Ab.	332,56	+3,4	SW. 3.	Bedeckt.
25. Februar 6 U. Mrg.	330,09	+3,4	SW. 2.	Regen.

Breslau, 25. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 9 Z. U.-P. 4 F. 2 Z.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

London, 24. Febr. Die „Times" spricht sich sehr befriedigt über die Ernennung M'Clellans zum nordamerikanischen Gesandten in London aus. — Ein heftiger Sturm hat den Wellenbrecher in Holyhead zerstört.

London, 24. Febr. In Holyhead wüthet ein furchtbarer Sturm; der Hafendamm ist beschädigt. Nachrichten aus Liverpool melden, daß viele Schiffe gescheitert sind. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 24. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Träge. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93 gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 47½—69, 40. Italien. 5proc. Rente 45, 85. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien 557, 50. Credit-Mobil.-Actien 223, 75. Lombard. Eisenbahn-Actien 385, —. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. 352, 50. 6proc. Ver. St.-Anleihe pr. 1882 (ungest.) 81. Wechselnotirungen: Berlin 365. London 25, 16. Hamburg 185. Amsterdam 210, 14.

London, 24. Februar, Nachmitt. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 92 13/16. 1proc. Spanier 36¼. Italien. 5proc. Rente 45¾. Lombarden 15¼. Mexicaner 15⅞. 5proc. Russen 86¼. Neue Russen 85⅞. Silber 60 7/16. Türk. Anleihe von 1865 33⅛. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 fest 71 9/16.

London, 24. Febr., Nachm. Zucker eher theurer, Reis fest.

Triest, 24. Febr., Vormittags. Der Lloyddampfer „Diana" ist mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandpost hier eingetroffen.

Frankfurt a. M., 24. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schluß-Course.] Wiener Wechsel 102. Oesterr. National-Anleihe 56⅝. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75¼. Hessische Ludwigsbahn 131½. Baierische Prämien-Anleihe —. 1854er Loose 64. 1860er Loose 74½. 1864er Loose 86 B. Behauptet. Nach Schluß der Börse: 1860er Loose 74¾, Staatsbahn 264, Amerikaner 75⅝, österr. Anleihe de 1859 67½, National-Anleihe 56⅞.

Frankfurt a. M., 24. Febr., Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 75 3/16, Credit-Actien 194¾, Steuerfreie Anleihe 51¾. 1860er Loose 74⅜. National-Anleihe 56⅞. 5% Anleihe von 1859 67⅛. Staatsbahn 263. Auf Wiener Schlußcourse matter.

Wien, 24. Febr. [Abend-Börse.] Credit-Actien 191, 30. Staatsbahn 259, 30. 1860er Loose 85, 35. 1864er Loose 83, 80. Nordbahn 176, 50. Galizier 208, 50. Lombarden 175, 70. Napoleonsd'or 9, 34. — Fester.

Hamburg, 24. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84¾. National-Anleihe 58. Oesterr. Credit-Actien 83¼. Oesterreichische 1860er Loose 74. Staatsbahn 556. Lombarden 378. Italien. Rente 45¼. Vereinsbank 111. Norddeutsche Bank 119. Rheinische Bahn 116⅞. Nordbahn 95. Altona-Kiel —. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 97⅞. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 97¼. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 68¼. Disconto 2 pCt. — Anfangs matter.

Hamburg, 24. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen bei lebhafter Kauflust sehr fest, ab auswärts fest gehalten, auf Termine besser. Roggen sehr gesucht. Weizen per Februar 5400 Pfd. netto 183 Bancothaler Br., 182 Gld., per Februar-März 182½ Br., 181½ Gld., per Frühjahr 181½ Br., 181 Gld. Roggen per Februar 5000 Pfd. Brutto 143 Br., 142 Gld., per Februar-März 142 Br., 141 Gld., per Frühjahr 140 Br., 139½ Gld. Hafer fest. Rüböl stille, loco 23¼, per Mai 23¼, per October 24. Spiritus fest, 29 nominell. Kaffee ruhig. Zink unverändert, 1000 Ctr. pr. Frühjahr 13 Mk. 10 Sch. Petroleum sehr fest. — Regenwetter.

Liverpool, 24. Febr., Mittags. Baumwolle: 8—10,000 Ballen Umsatz. New-Orleans 10¼. Georgia 10. Fair Dhollerah 8¾. Middling fair Dhollerah 8½. Good middling Dhollerah 8⅜. Bengal 7½. Good fair Bengal 8. Fine Bengal —. New fair Oomra 8¾. Good fair Oomra —. Pernam 10¾. Egyptian —. Smyrna —. Orleans schwimmend 9½. Savannah 9¼. Schwimmende Mobile —. Ruhig.

Paris, 24. Febr., Nachm. Rüböl, pr. Febr. 100, 00 Hausse, pr. Mai-August 95, 00, pr. Sept.-Decbr. 94, 50. Mehl pr. Febr. 93, 25, pr. März-April 93, 00. Spiritus pr. Februar 76, 00.

London, 24. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Marktbesuch sehr beschränkt. Weizen, englischer zu Montagspreisen verkauft, in fremdem Detailgeschäft zu letzten Preisen. Gerste fest. Hafer gutes Geschäft zu vollen Preisen. — Schönes Wetter.

London, 24. Februar, Nachm. [Viehmarkt.] Hornvieh 3390 Stück am Markte. Handel sehr schleppend, Preise eher flauer, fremde Zufuhr klein. Schafe 17,050 Stück. Gute Frage, fremde Zufuhr klein.

Antwerpen, 24. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Fest. Raffin. Type weiß, loco, pr. Februar und pr. März 45. Behauptet.

Bremen, 24. Febr. Petroleum. Standard white, loco 5⅜. Sehr fest.

New-York, 24. Februar, Abends. Wechsel auf London 109⅞. Gold-Agio 42¾. Bonds 111½. Illinois 137¼. Eriebahn 67⅜. Baumwolle 23. Petroleum 25. Mehl 10, 50. Bonds 1885er 109½. 1904er Bonds 105.

Berlin, 22. Febr. [Wochen-Bericht über Eisen, Kohlen und Metalle von J. Mamroth.] Das Metallgeschäft zeigte in seinem Verlaufe zwar auch diese Woche erfreuliche Zeichen eines sich reger gestaltenden Verkehrs, doch war die Kauflust im Allgemeinen eine zurückhaltendere, als in den letzten 14 Tagen. Der Roheisenmarkt in Glasgow blieb sehr ruhig. Preise von Warrants variirten nur wenig und schlossen mit 52 S. 3 D. cash. Verschiffungseisen ging wegen Mangel an Schiffen wenig um, Preise behauptet, Gartsherrie I. 57 S. 6 D., Coltneß I. 58 S., Langloan I. 55 S.; hiesige Preise für gute Glasgower Marken 45½—46½ Sgr., Frühjahrslieferung 44½—45 Sgr. pr. Ctr. — Schlesisches Roheisen beliebt, Holzkohlen-Roheisen 41½—42 Sgr., Coaks-Roheisen 37½—38½ Sgr. pr. Ctr. loco Hütte; hiesige Preise für ersteres 50—50½ Sgr. und für letzteres 44 bis 45 Sgr. pr. Ctr. — Alte Eisenbahnschienen zum Verwalzen 48 bis 50 Sgr., zu Bauzwecken 2¼—2½ Thlr. per Ctr. — Stabeisen gefragter, gewalztes, 2¾—3⅓ Thlr., geschmiedetes 3½—3⅚ Thlr. per Ctr. ab Werk. — Zink fester. W.-H.-Marken 6 7/12—6⅔ Thlr., geringere ⅙ Thlr. pr. Ctr. billiger ab Breslau; hierorts Vorräthe sehr knapp; W. H. Zink 7 1/12—⅙ per Ctr. — Zinn unverändert, Banca-Zinn 31¾—32 Thlr., Lamm-Zinn 31—31⅓ Thlr. pr. Ctr. — Kupfer in England 5 Pfd. St. per Ton höher und lebhaft gehandelt; hier engländ. 25⅓—⅔ Thlr., raff. Chile 25½ bis 26 Thlr., schwedisches 26½—27½ Thlr. per Ctr. — Blei fest und besser, sächsisches bis 6⅛ Thlr., von Tarnowitzer sind 7000 Ctr. in Auction mit 6 Thlr. 11 Sgr. pr. Ctr. loco Friedrichshütte bezahlt worden. Spanisches, Rein u. Co., 6¾ Thlr. per Ctr. — Kohlen und Coaks ruhig.

[Steuer auf Petroleum.] Der preußische Finanzminister ist definitiv entschlossen, die Erhebung eines Zolles auf Petroleum und zwar von 15 Sgr pro Centner beim Zollbundesrathe zu beantragen.

[Verloosungen.] Am 28. Februar Badische 35 Fl.-Loose.

Am 1. März. Baierische 100 Fl.-Loose à 4 pCt.
Graf Pappenheim 7 Fl.-Loose.
Oesterreichische 100 Fl.-Loose von 1864.
Stadt Augsburg 7 Fl.-Loose.
Stadt Brüssel 100 Fr.-Loose à 3 pCt. von 1862.
Stadt Ostende 25 Fr.-Loose.

λ. **Liegnitz**, 23. Febr. [Landwirthschaftliches.] Nach der Meinung vieler Landwirthe dürfte ein zeitiges Frühjahr zu erwarten sein. Durch deu vielen Schnee ist nicht nur die Oberfläche der Aecker genügend befeuchtet, sondern auch hinlängliche Feuchtigkeit angesammelt. Die Saaten sind bis jetzt sehr gut durchwintert, auf den Feldern finden sich schon vereinzelte Pflüge in Thätigkeit, auch in den Kräuterei-Ländereien wird schon fleißig gegraben. Die Getreidepreise sind fortwährend hoch, doch die Butter kostet hier das Pfund nur 7 Sgr. — Wenn in hiesiger Gegend die vorjährige Ernte als eine Mittelernte bezeichnet wird, so haben sich auch viele Abweichungen sowohl darunter, als auch darüber herausgestellt, so hat z. B. ein Gut (dicht am Kunitzer See) von 880 Morgen Acker mit 200 M. Wiesen folgenden Ertrag geliefert: 56 M. Oelfrucht 500 Schfl., 200 M. Roggen 2000 Schfl., 140 M. Weizen 1300 Schfl., 80 M. Gerste 1000 Schfl., 95 M. Hafer 1100 Schfl., 7 M. grüne Erbsen 200 Schfl., außerdem 15 Ctr. Kleesamen. Das Gut hält 100 Stück Rindvieh und 1000 Schafe. Außerdem haben aber auch manche Güter des besten Bodens in Roggen seit sehr vielen Jahren nicht so gering an Körnern geerntet, es wird der ungünstigen Blüthezeit Schuld gegeben. Die Schwarzwasser-Wiesen sind überschemmt, auch hat die Katzbach viel Wasser. Der Gesundheitszustand ist normal.

Berlin, 24. Febr. Im gestrigen Privatverkehr hatten, wie wir gemeldet, Gewinn-Realisirungen die Course gedrückt; auch stand die heutige Börse noch zum Theil unter diesen Einflüssen, denen sich nur Lombarden und Franzosen, und zum Theil Italiener entzogen. Wenigstens war in genannten Papieren der Umsatz rege und der Coursstand, allerdings nicht den von Sonnabend erreichend, doch etwas über dem des gestrigen Privatverkehrs (pr. März handelte man Lombarden zu 102, Loose zu 74¾—½, Credit zu 83¼, Ital. zu 45¾—⅝). Auf Italiener wirkten die Deckungen der Blancoverkäufer und die Annahme, daß Paris namentlich der Hausse in diesem Papiere eine Unterlage biete; pr. März wurde vielfach auf Prämie zu 47½—1 gehandelt. Da sich die Wiener Börse durch Oesterreichische Credit und die Dividende von 5½ Fl. verstimmen läßt, so folgte ihr auch der hiesige Platz durch einen kleinen Preisabschlag, ebenso drückten sich die 1860er Loose bei ziemlichen Umsätzen ein wenig. Sonst waren von Oesterreichischen Fonds nur noch Löschen herabgesetzt, alle anderen aber theurer, Russische Fonds sind still und theilweise unbedeutend billiger, nur kleine Polnische Schatz-Obligationen gingen in Posten zu der alten Notiz um. Amerikaner, beeinflußt durch die Nachrichten aus Washington und höhere Goldnotirung blieben vernachlässigt, doch besser preishaltend, als aus obigen Gründen angenommen werden mußte. Auf Eisenbahnen schien der nahende Ultimo seine Wirkung zu üben, fast alle beliebteren Bahnen drückten sich im Course; höher waren nur Amsterdamer, Hamburger, Bexbacher; Mainzer gingen lebhaft zu höchstem Sonnabend-Course um, ebenso lassen sich Rheinische, Cöln-Mindener, Bergische, Mecklenb. als belebt bezeichnen, Oberschl. Lit. B. waren herabgesetzt ohne Nehmer, dagegen waren Coseler Stammprioritäten und Märk.-Posener Actien, vornehmlich aber die Stammprioritäten, in bester Frage, Lodz 70 B.; von Prioritäten sind Fünfkirchener (72 Gd.), Lomb., Kursk-Kiew, neue Czernowitzer und Mosk.-Rjäsan die bevorzugten; Poti 75 Gd., Rudolfsbahn 71 Br. Von Banken stiegen bei größerem Umsatz Disconto-Commandit abermals wesentlich, auch Genfer gingen erhöht lebhaft um, desgleichen Sachsen, Berliner Handel hob sich, ebenso Meininger; Darmstädter hielten billigsten Cours von letzt. Von Preußischen Anleihen behaupteten sich bei gutem Verkehr einzelne nicht vollständig im Course. — Prämie für Amerikaner per ultimo März 76½—⅝, per ult. April 76⅞ bis ¾. (B. u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 24. Februar 1868.

Fonds und Geld-Course.

	Freiw. Staats-Anl.	4½	95¾ G.
	Staats-Anl. von 1859	5	103⅜ bz. u. B.
	dito 1854. 55. 57	4½	95¾ bz.
	dito 1859	4½	95½ bz.
	dito 1856	4½	95¾ bz.
	dito 1864	4½	95½ bz.
	dito 1867	4½	95½ bz.
	dito 1850/52	4	89½ bz.
	dito 1853	4	89½ bz.
	dito 1862	4	89½ bz.
	Staats-Schuldscheine	3½	83¾ bz.
	Präm.-Anl. von 1855	3½	115⅜ B.
	Berliner Stadt-Oblig.	4½	96¼ bz.
Pfandbriefe.	Kur- u. Neumärk.	3½	76¼ bz.
	Pommersche	3½	75⅞ bz.
	Posensche	4	— — —
	dito	3½	— — —
	dito neue	4	85⅝ bz.
	Schlesische	3½	83 G.
Rentenbriefe.	Kur- u. Neumärk.	4	91 bz.
	Pommersche	4	90¾ bz.
	Posensche	4	88½ G.
	Preussische	4	88½ bz.
	Westph. u. Rhein.	4	92½ bz.
	Sächsische	4	91 bz. u. B.
	Schlesische	4	90¾ bz.

Louisd'or 112⅜ bz. | Oest. Bk. 87 15/16 bz.
Goldk. 9. 10¼ G. | Russ. Bkn. 85 bz.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	51½ bz. u. G
dito Nat.-Anl.	5	58¼ bz
dito Lot.-A. v. 60	5	75 à 74¾ bz. u. B
dito dito 64	—	49½ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	67 G.
dito Eisenb.-L.	—	77½ G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	46 bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	85¼ bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	65¼ bz. u. G
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	59¾ bz.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	51⅞ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	96 bz.
dito à 300 Fl.	5	91½ G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	54 etw. bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29⅜ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	75⅞ à ¾ à ⅞ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	96½ B.
dito II.	4½	95 G.
dito IV.	4½	9[illegible]½ bz
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77½ B.
Cöln-Minden	4½	97½ G.
dito II.	5	102 G.
dito	4	84¼ B.
dito III.	4	83½ B.
dito	4½	94 B.
dito IV.	4	83¼ B.
dito V.	4	83¼ B.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4½	82½ B.
dito III. Em.	4	— — —
dito IV. Em.	4½	86 bz.
Gal. Ludwigsb.	5	82½ B. n. 78¼ G.
Niederschl.-Märk.	4	88¾ bz.
dito conv.	4	88¾ G.
dito III.	4	86 B.
dito IV.	4½	95¼ bz.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100½ G.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77½ G.
dito C.	4	85 G.
dito D.	4	85 G.
dito E.	3½	77⅜ G.
dito F.	4½	93¼ G.
dito G.	4½	92 G.
Oesterr.-Franz.	3	267 bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	218 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	95¾ etw. bz.
Rhein-Nahe-B gar.	4½	93 B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	29¾ bz.
Amsterd. Rottd.	7¼	4¾	4	102⅜ bz.
Berg.-Märkische	9	8	4	136½ bz.
Berlin-Anhalt	13	13¼	4	208½ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	80 bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	97¼ bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	164 bz.
Berl.-Potsd-Mgd.	16	16	4	197 bz. u. B.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	137 bz.
Böhm.-Westb.	—	5	5	66 bz.
Breslau-Freib.	9	9⅛	4	119⅞ bz. u. B.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	136 bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2⅛	4	83½ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	87 à ½ bz.
dito dito	—	5	5	90¾ bz. u. G.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	91 bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅔	4	150 G.
Magd.-Halberst.	15	—	4	167 bz.
Magd.-Leipzig	20	—	4	203 B.
Mainz-Ludwgsh.	8	—	4	128 à ½ bz.
Mecklenburger	3	3	4	78 bz. u. G.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	91½ B.
Niedrschl.-Märk.	—	4	4	88½ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	74¾ bz.
Nordbahn, Hess.	4	—	4	— — —
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	186 bz.
dito B.	11⅔	12	3½	163½ bz. u. B.
dito C.	11⅔	12	3½	186 bz.
Oest.-Fr. St.-B.	5	—	5	150¼ à ¾ à ½ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	102¼ à ½ à ¼ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73¼ bz.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73⅝ bz.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	88¾ G.
Rheinische	7	—	4	118 bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	30⅜ bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	92½ bz.
Thüringer	—	—	4	133¼ à ¾ bz. u. G.
Warschau-Wien	8½	—	5	59 bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	162 B.
Braunschw. B.	—	0	4	99 B.
Bremer Bank	6½	8	4	115¼ G.
Danziger Bank	7 3/10	8	4	109 B.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	95¼ G.
Geraer Bank	7⅝	7⅜	4	100 B.
Gothaer „	7½	5	4	88¾ G.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	77½ bz.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	118 B.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	110¾ G.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111½ G.
Luxemburger B.	6	6	4	82 bz.
Magdeburger B.	5½	5	4	90 G.
Posener Bank	6½	7½	4	93¾ G.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	153¾ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	64¼ B.
Weimar	6½	4¼	4	85 etw. bz u. G.
—				
Berl. Hand.-Ges.	8	3	4	111¾ bz. u. G.
Coburg. Credb.-A.	8½	4	4	77 B.
Darmstädter „	8½	6½	4	86¼ bz. u. G.
Dessauer „	—	0	—	2 G.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	112⅞ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	24½ bz. u. G.
Leipziger „	4	—	4	90¼ G.
Meininger „	7	—	4	91¾ bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	19½ etw. bz.
Oest. Credb.-A.	4½	—	5	83½ à ¼ bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	7½	4	112 G.
—				
Minerva	1	—	5	35¾ bz. u. G.
Fbr. v. Eisenbdf.	5½	10	5	133¾ B.

Berlin, 24. Febr. Weizen loco 90—109 Thlr. pro 2100 Pfd. nach Qualität bez. — Roggen loco 78—80pfd. 81—81½ Thlr. pro 2000 Pfd. bez. — Rüböl loco flüssiges 10⅜ Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 20 1/12 Thlr. bez., pro Febr. und Febr.-März 20⅓—¼ Thlr. bez., April-Mai 20⅔—13/24—7/12 Thlr. bez. und Gld., Mai-Juni 20⅚—¾ Thlr. bez., Juni-Juli 21⅙—¼ Thlr. bez., Juli-Aug. 21½ Thlr. bez.

\# **Breslau**, 25. Februar. Im Allgemeinen war für Getreide feste Stimmung Am heutigen Markte vorherrschend, das Angebot genügte jedoch der Nachfrage und somit zeigten sich Preise behauptet.

Weizen behauptet, pr. 84 Pfund schlessischer weißer 108—120 Sgr., gelber 106—119 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen war in fester Haltung, pr. 84 Pfund 91 bis 96 Sgr., feinste Sorte 97 Sgr. bezahlt. — Gerste war begehrt, pr. 74 Pfd. gelbe 60 bis 63 Sgr., helle 65—67 Sgr., weiße 68—70 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer, beachtet, pr. 50 Pfund 42—45 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen gut gefragt. — Wicken gefragt, pr. 90 Pfund 64—70 Sgr. — Oelsaaten wenig zugeführt. — Lupinen schwach beachtet, pr. 90 Pfd. gelbe 42—46 Sgr., blaue 40—44 Sgr. Bohnen wenig angeboten, pr. 90 Pfd. 94—106 Sgr. — Schlaglein behauptet. — Rapskuchen beachtet, 64—67 Sgr. pr. Centner. — Mais (Kukuruz) 78—85 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schffl.		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Weißer Weizen	108—118—122	Schlag-Leinsaat	180—200—210
Gelber Weizen	108—115—121	Winter-Raps	172—183—195
Roggen	91— 95— 97	Winter-Rübsen	160—170—180
Gerste	60— 66— 70	Sommer-Rübsen	145—158—165
Hafer	42— 44— 45	Leindotter	145—150—162
Erbsen	74— 78— 84		

Kleesaat bei belanglosem Umsatz, rothe schwer verkäuflich, 11½—13½ bis 15 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, weiße in feiner Waare wenig angeboten, 16—20—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee angeboten, 7—8—8⅚ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 30—42 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.